

Titelseite

Zuschauer der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates.

Rückseite:

Blick in den Tagungsraum in der Pädagogischen Akademie in Bonn. In der Bildmitte sitzend Theodor Heuss (FDP).

Parlamendarium Parlamentsgeschichte nach Kalendertagen

Sonderedition zu 75 Jahren Deutscher Bundestag In Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland



- 4 Geleitwort der Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas
- 6 Bildchronik einer entstehenden Demokratie der Fotobestand Wagner-Hehmke
- 10 Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland
- 16 Neubeginn und Wiederaufbau. Der Bundestag 1949–1953
- 22 Parlamendarium
- 23 Januar
- 26 Februar
- 32 März
- 40 Mai
- 46 Juni
- 50 Juli
- 56 August
- 60 September
- 63 Oktober
- 68 November
- 74 Dezember
- 78 Abbildungsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutsche Bundestag feiert Geburtstag. Am 7. September 2024 ist es genau 75 Jahre her, dass er zum ersten Mal zusammentrat. Aus diesem Anlass erscheint das Parlamendarium in einer Sonderausgabe. Neben Daten der deutschen Parlamentsgeschichte enthält diese Jubiläumsausgabe Fotografien und Aufsätze zu den Anfängen des Deutschen Bundestages in Bonn.

Die konstituierende Sitzung am 7. September bedeutete einen Neuanfang. Es trat das "erste Parlament des neuen Staats" zusammen. So drückte es der neu gewählte Bundestagspräsident Erich Köhler aus. Allerdings konnten die Abgeordneten an wichtige Traditionen anknüpfen. Wie lange diese Traditionen zurückreichen, zeigt das Parlamendarium. Es enthält Daten aus zwei Jahrhunderten.

Der Deutsche Bundestag ist das stärkste Parlament der deutschen Geschichte. Er steht im Zentrum unserer Verfassungsorgane. Die Mütter und Väter des Grundgesetzes zogen damit eine Lehre aus dem Nationalsozialismus. Die Stärke des Deutschen Bundestags mussten die Abgeordneten in der Praxis erst beweisen. Das ist ihnen gelungen.

Geleitwort der Präsidentin des Deutschen Bundestages Bärbel Bas

Der Deutsche Bundestag hat sich in den zurückliegenden 20 Wahlperioden zu einem effizienten Arbeitsparlament entwickelt. Er hat große Herausforderungen bewältigt, darunter die Deutsche Einheit. In ihrer Folge tagt das Parlament seit 1999 wieder im historischen Reichstagsgebäude.

Seit 1949 hat sich vieles bewährt, einiges verändert und wieder anderes muss sich noch verbessern. Im ersten Deutschen Bundestag waren weniger als zehn Prozent aller Abgeordneten Frauen. Heute verharrt ihr Anteil bei rund einem Drittel. Von Parität sind wir noch zu weit entfernt. Ich freue mich umso mehr, dass das Parlamendarium auch Fotografien der ersten Frauen im Bundestag enthält.

Ich danke der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn für die historischen Bilder. Aufgenommen wurden sie von Erna Wagner-Hehmke. Einer Fotografin! 1949 war das keine Selbstverständlichkeit.

Ihre Fotografien zeigen nicht nur Abgeordnete. Zu sehen sind auch Spaziergängerinnen und Spaziergänger, die das Parlamentsgeschehen beobachten. Oder die Baustelle zum Bundeshaus, dem ersten Bundestagssitz. Die Bürgerinnen und Bürger interessierten sich sehr für ihr neues Parlament.

Ein Jahrestag ist auch ein Anlass zum Nachdenken. Wie können wir unser Parlament in einer gefestigten Demokratie weiterentwickeln? Die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an ihre Volksvertretung sind gestiegen. Sie wollen gehört werden und wünschen sich mehr Dialog mit der Politik.

Der Deutsche Bundestag hat auch deshalb begonnen, nach dem Zufallsprinzip zusammengesetzte Bürgerräte einzusetzen. So kann die Perspektive der Bevölkerung stärker in die parlamentarische Arbeit eingebracht werden. Ein Instrument mit viel Potenzial, das unsere parlamentarische Demokratie sinnvoll ergänzen kann. Ich bin überzeugt: Künftige Ausgaben des Parlamendariums werden an den Start der Bürgerräte erinnern.

Zunächst aber wünsche ich Ihnen viele Erkenntnisse – und auch Freude – bei der Lektüre dieser besonders gelungenen Jubiläumsausgabe.



Von Manfred Wichmann

Die Arbeit des Parlamentarischen Rates in Bonn und die Gründung der Bundesrepublik haben trotz der Bedeutung der Ereignisse keine pathetischen Bildikonen hervorgebracht. Die im Rückblick so wichtigen Grundsatzentscheidungen, die 1948/49 in Bonn getroffen wurden, sind im kollektiven Bildgedächtnis auch deshalb vergleichsweise wenig verankert. Nur einige Impressionen sind bis heute bekannt, wie etwa der Eröffnungsfestakt im Museum Alexander Koenig, die Unterzeichnung des Grundgesetzes durch Konrad Adenauer als Präsidenten des Parlamentarischen Rates oder die Portraits der vier "Mütter des Grundgesetzes". Der bewusste Verzicht auf jedwede Überhöhung und Pomp, die betonte Sachlichkeit der Arbeitsvorgänge und die Kargheit der Nachkriegszeit – die sich in Mobiliar, Ausstattung und Kleidung deutlich zeigen – haben dazu sicherlich beigetragen.

Bildchronik einer entstehenden Demokratie – der Fotobestand Wagner-Hehmke Es war aber auch die professionell nüchterne und dokumentarische Bildsprache einer Fotografin, die mit ihrem Stil unsere heutige Erinnerung an den Geburtsprozess der Bundesrepublik prägt. Erna Wagner-Hehmke dokumentierte ab September 1948 im Auftrag der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei die Arbeit des Parlamentarischen Rates bis hin zur ersten Bundesversammlung, die am 12. September 1949 im neugebauten Plenarsaal Theodor Heuss zum ersten Bundespräsidenten wählte. Dieser ebenso schlichte wie moderne Bau – mit den großflächigen Glasfronten und maßvollen Dimensionen ein bewusstes Gegenbild zur Architektur des NS-Regimes – war binnen weniger Monate parallel zur Arbeit am Grundgesetz errichtet worden. Wagner-Hehmke begleitete auch diese Baustelle fotografisch, denn sie lag unmittelbar neben der Pädagogischen Akademie am Bonner Rheinufer. Dort hielt sie über Monate hinweg alle Facetten im Bild fest, welche die Entstehung der jungen Demokratie ausmachten: Die langwierigen Sitzungen, die politischen Verhandlungen, die Erstellung von Vorlagen und Protokollen, die Pausen und Gespräche, dabei immer im Fokus die Akteure auf allen Ebenen. So lichtete sie die Reden und Posen der Mitglieder des Parlamentarischen Rates - mit den Nachrückern und nur beratenden Berliner Vertretern insgesamt 77 Abgesandte der Länder – ebenso ab wie die Arbeit der Personen im Hintergrund, vom Pförtner bis zur Sekretärin, vom Fahrer bis zur Kellnerin, und auch das Interesse der Bevölkerung, die in überschaubaren Gruppen an den offenen Fenstern die parlamentarische Grundlagenarbeit verfolgte.

Diese einmaligen Fotografien konnte das Haus der Geschichte im Jahr 1987 – als sehr umfangreichen Gesamtbestand von über 4.000 originalen Negativen und Positiven – von der im Ruhestand lebenden Erna Wagner-Hehmke in seine Sammlungen übernehmen. Damit wurde dieser Bilderschatz für die Zukunft gesichert. Die Aufnahmen, überwiegend hochwertige 6x6-Mittelformat-Negative, stellen die umfassendste und bedeutsamste Bilddokumentation der Arbeit des Parlamentarischen Rates und der Konstituierung von Bundestag und Bundesrat als Herzkammern der neugegründeten staatlichen Demokratie in Westdeutschland dar. Der gesamte Fotobestand wurde komplett digitalisiert und einzeln inventarisiert, eine Auswahl wird in der Online-Ausstellung "Beobachtungen – Der Parlamentarische Rat 1948/49" präsentiert (parlamentarischerrat.de). So bleiben die historisch bedeutsamen Originale erhalten und sind gleichzeitig öffentlich sichtbar. Einen Gesamtüberblick bietet seit 2022 auch der Band "Für immer Recht und Freiheit", der die Aufnahmen von Erna Wagner-Hehmke in besonderer Weise und großem Format würdigt.



Erna Wagner-Hehmke Anfang der 1950er Jahre.

Zur Welt kam sie am 6. März 1905 in Breslau als Erna Hehmke, wo sie nach ihrem Abitur ein Studium der Fotochemie an der dortigen Universität aufnahm. Früh hatte sie das Fotografieren für sich entdeckt. Als Studentin lernte sie die etablierte Fotografin Anne Winterer kennen, die zu ihrer Mentorin wurde. Nach zwei Semestern an der Universität verließ Wagner-Hehmke Breslau, um ab 1925 gemeinsam mit Winterer in Düsseldorf das Fotostudio "Lichtbildwerkstatt Hehmke-Winterer" zu betreiben. Obwohl schon Mitinhaberin eines eigenen Ateliers, absolvierte sie eine Fotografenlehre und bildete sich selbständig fort mit Studienaufenthalten in Paris und Berlin. In dieser Zeit wurde sie vor allem durch Theater- und Bühnenfotografie bekannt und hatte zahlreiche persönliche Kontakte in der rheinischen Künstlerwelt. Im Jahr 1932 konnte sie ihre Meisterprüfung ablegen und heiratete den Architekten Rudolf Wagner. Als sich Winterer aus der gemeinsamen Arbeit zurückzog, führte Wagner-Hehmke ab 1935 eigenständig das Fotostudio unter dem alten Namen erfolgreich weiter. Die Vielfalt und Wertschätzung ihrer Arbeit zeigt sich in den umfangreichen Bilderserien und Aufträgen, die Portrait- und Werbefotografie ebenso wie Landschafts- und Milieuaufnahmen umfassen. Einen Schwerpunkt über die Jahrzehnte bilden die zahlreichen Architektur- und Industriefotografien, die ihren von der Neuen Sachlichkeit geprägten Stil am deutlichsten widerspiegeln.

Die Auftragsarbeit in Bonn stand inmitten ihrer beruflichen Karriere. In den 1950er Jahren bis zum Ende ihrer Berufstätigkeit 1977 engagierte sie sich neben zahlreichen Aufträgen vor allem in der Ausbildung: in ihrem Atelier bildete sie selber aus, war als Dozentin einer Berufsschule tätig und nahm jahrelang Gesellen- und Meisterprüfungen ab. Zahlreiche Auszeichnungen zeugen von einem erfüllten und erfolgreichen Berufsleben.

Erna Wagner-Hehmke forderte von ihren eigenen Fotografien eine "Prägnanz und Eindeutigkeit des Dargestellten". Sie konzentrierte sich auf das Wesentliche eines Motivs und konnte dies mit ungewöhnlichen Blickwinkeln und Arrangements gezielt in Szene setzen. Das belegen ihre Bilder aus Bonn 1948/49, die einen klaren und einprägsamen Einblick bieten, und zwar nicht nur in die parlamentarische Arbeit und den großen Saal, sondern mit gleicher Aufmerksamkeit auch die Arbeit der Menschen im Hintergrund, in den Fluren, Sekretariaten und Speisesälen dokumentieren. Bei manchen dieser unkaschierten Blicke kann man sich fragen, ob ein männlicher Fotograf diese ebenso festgehalten hätte. Eindeutig erkennbar ist jedenfalls, dass Wagner-Hehmke gern Frauen fotografierte und deren Eigenständigkeit in einer männerdominierten Umgebung betonte. So zeigt ihre an Objektivität ausgerichtete Bilddokumentation im Detail individuelle Akzente, die unser heutiges kollektives Gedächtnis bereichern. Damit war Erna Wagner-Hehmke nicht allein aufgrund ihrer sachlichen und professionellen Arbeitsweise genau die richtige Bildchronistin für diese entscheidende Phase der deutschen Demokratiegeschichte.

Dr. Manfred Wichmann ist Sammlungsdirektor der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn.

Von Michael F. Feldkamp

Nach der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 wurde Deutschland von den Alliierten Siegermächten Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA in vier Besatzungszonen eingeteilt und die Ostgebiete von Polen besetzt. Im Alliierten Kontrollrat sollten und wollten die Siegermächte gemeinsam in Deutschland regieren. Der letzte Kontrollratsbeschluss war das Kontrollratsgesetz Nr. 46 zur Auflösung des Staates Preußens vom 25. Februar 1947. Gemeinsame Entscheidungen für ein politisch selbstbestimmtes Deutschland waren nicht mehr zu erwarten.

Doch für die politische Neuordnung Europas war die Wiedererrichtung Deutschlands unvermeidlich. Trotz des Fehlens eines gemeinsames Deutschlandkonzepts, wurden am 1. Januar 1947 – ohne Einbindung der Sowjetunion und auch gegen die bisherigen Interessen der argwöhnischen französischen Öffentlichkeit - die amerikanische und britische Besatzungszone zur "Bi-Zone" (Bizone) zusammengeschlossen. Damit war die Teilung Deutschlands unausweichlich geworden, auch wenn bei den Westmächten keine Teilungsabsicht bestanden haben dürfte. In der Folge wurden mit dem Wirtschaftsrat, Ernährungsrat, Verkehrsrat, Finanzrat und dem Verwaltungsrat für Post- und Fernmeldewesen gemeinsame Organe der gleich nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten deutschen Länder in der Bizone geschaffen. Der Wirtschaftsrat mit Sitz in Frankfurt am Main wurde schon am 25. Juni 1947 zur parlamentsähnlichen ersten gesetzgebenden Körperschaft umgestaltet und damit zu der wichtigsten wirtschaftspolitischen Einrichtung in der Bizone, dem seit Februar 1948 sogenannten "Vereinigten Wirtschaftsgebiet".

Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland

Einer der Meilensteine in der Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Entscheidung der westlichen Alliierten auf der Londoner Außenministerkonferenz in der ersten Jahreshälfte 1948, aus ihren Besatzungszonen einen westdeutschen Teilstaat zu errichten. Mit dem US-Wirtschaftshilfeprogramm ("Marshall-Plan") vom 16. April 1948 und der Währungsreform am 20. Juni 1948 wurden entscheidende Schritte zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung und staatlichen Organisation unternommen, die die Sowjetunion mit ihrem Ausscheiden aus der Berliner Alliierten Stadtkommandantur am 16. Juni 1948 und – nach Einführung der Deutschen Mark (die sog. "Währungsreform") in den Westsektoren von Berlin – mit der Berlin-Blockade am 24. Juni 1948 beantwortete.

Die drei Militärgouverneure Lucius D. Clay (USA), Pierre Kænig (Frankreich) und Sir Brian Robertson (Großbritannien) "ermächtigten" schließlich in einer Besprechung in Frankfurt am Main am 1. Juli 1948 die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, bis zum 1. September 1948 eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen. Der gefertigte Verfassungsentwurf sollte von den Militärgouverneuren genehmigt und in einem Referendum vom Volk ratifiziert werden. Ein Besatzungsstatut, das von deutscher Seite explizit gewünscht worden war, um alliierte Willkürherrschaft zu verhindern, sollte ein "Mindestmaß der notwendigen Kontrollen" festlegen.

Vom 8. bis 10. Juli 1948 erörterten die Ministerpräsidenten die sogenannten Frankfurter Dokumente auf ihrer Zusammenkunft im Hotel "Rittersturz" bei Koblenz. Sie weigerten sich, an der Spaltung Deutschlands mitzuwirken, und schlugen deswegen vor, durch einen "parlamentsähnlichen Rat" nur eine "provisorische" Verfassung ausarbeiten zu lassen. Doch die Alliierten erklärten am 20. Juli 1948, dass es sich bei den Frankfurter Dokumenten um "Anweisungen" gehandelt habe und sie selbst für die deutsche Teilung die Verantwortung übernehmen würden. Lediglich die Bezeichnungen "Parlamentarischer Rat" statt "Nationalversammlung" sowie "Grundgesetz" statt "Verfassung" ließen sie zu.

Im Auftrag der Ministerpräsidenten erarbeiteten wenige Wochen später westdeutsche Verfassungsexperten, überwiegend Juristen und nur wenige Politiker, vom 10. bis 23. August 1948 auf der Insel Herrenchiemsee einen ersten Grundgesetzentwurf. Dieser Entwurf bildete bis hin zur Artikelnummerierung die Grundlage der gesamten Grundgesetzarbeit des Parlamentarischen Rates in Bonn.

Die von den Landtagen in den drei westlichen Besatzungszonen gewählten 65 Mitglieder, darunter drei Frauen, des zum 1. September 1948 nach Bonn in die Pädagogische Akademie einberufenen Parlamentarischen Rates wählten Konrad Adenauer (CDU) zum Präsidenten und Carlo Schmid (SPD) zum Vorsitzenden des Hauptausschusses. Angesichts des Viermächte-Status von Berlin nahmen dessen Vertreter "nur" als Gäste teil. CDU/CSU und SPD konnten jeweils 27 Abgeordnete entsenden (davon 19 CDU und 8 CSU), FDP fünf, Deutsche Zentrumspartei (Z) sowie Deutsche Partei (DP) und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) jeweils zwei Abgeordnete.

Am 9. September 1948 konstituierten sich die Fachausschüsse. Ihre Ergebnisse wurden ab 11. November 1948 im Hauptausschuss presseöffentlich beraten, in der Hoffnung, dass die Arbeit bei der Bevölkerung größere Beachtung und das Grundgesetz später größere Akzeptanz erfahre.

Beim Elternrecht und den Kirchenartikeln traten ideologische und weltanschauliche Unterschiede zutage, weswegen diese erst unmittelbar vor der Verabschiedung des Grundgesetzes entschieden wurden. Auf Theodor Heuss (FDP), den späteren ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland, ging der Vorschlag zurück, die Kirchenregelungen aus der Weimarer Reichsverfassung zu übernehmen (Staatskirchenrecht). Die Mitwirkung der Länder (Bundesrat oder Senat) wurde erst im Frühjahr 1949 vor allem in Verhandlungen mit den alliierten Verbindungsstäben vorentschieden. Der Bundesrat erreichte demnach wegen eines umfassenden Katalogs an Vorranggesetzgebung des Bundes nicht die volle Gleichberechtigung mit dem Bundestag, was immer wieder zu Zerwürfnissen mit den Alliierten führte.

Der Präambelentwurf erhielt auf Antrag von CDU/CSU und Zentrumspartei seit dem 16. November 1948 die Anrufung Gottes ("Invocatio Dei"). Am 28. April 1949 stellte die SPD die Anrufung Gottes erneut zur Diskussion, doch hielt die CDU/CSU diese für unverzichtbar. Thomas Dehler (FDP) vermittelte und schlug den im Wesentlichen noch heute gültigen Text mit der "Invocatio Dei" vor, wie er erstmals am 21. Februar 1949 formuliert wurde. Die Finanzfragen blieben offen, solange die Frage nach der Gestaltung der Länderkammer (Bundesrat oder Senat) ungeklärt blieb.

Die Militärgouverneure hatten an dem ersten Entwurf am 20. Oktober 1948 bemängelt, dass er nicht den Grundsätzen der Frankfurter Dokumente entsprach, dass der Föderalismus viel zu wenig Beachtung gefunden hätte. Um nicht den Eindruck zu erwecken, einem "Diktat" der Alliierten zu unterliegen, wurde das Schreiben der Militärgouverneure zu den Akten genommen und sein Inhalt nie offiziell vom Parlamentarischen Rat zur Kenntnis genommen.

Die Annahme eines zweiten Schreibens der Alliierten Militärgouverneure verweigerte Präsident Adenauer am 22. November 1948, weswegen ihm der Text vorgelesen wurde. Inhaltlich kam das Schreiben den Positionen der CDU/CSU-Fraktion sehr entgegen, stärkte es doch die Rechte der Länderkammer, dem späteren Bundesrat. Bemerkenswerterweise handelte es sich bei diesem Schreiben vom 22. November um einen Text, der schon auf der Londoner Außenministerkonferenz vorbereitet worden war und auf dessen Übermittlung die Militärgouverneure an die Ministerpräsidenten am 1. Juli in Frankfurt am Main verzichtet hatten.

Nach einer Besprechung einer Delegation des Parlamentarischen Rates mit den drei Militärgouverneuren am 16./17. Dezember 1948 in Frankfurt warfen SPD, FDP, DP und KPD dem Leiter der Deutschen Delegation, Präsident Konrad Adenauer (CDU), vor, er habe in den kontroversen Fragen die Militärgouverneure zu "Schiedsrichtern" angerufen. Der Streit um Adenauers Verhandlungsführung in Frankfurt zog sich noch weit in den Januar hinein. Erst auf Initiative Adenauers wurde die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen des Parlamentarischen Rates gesucht. Am 26. Januar 1949 wurde ein interfraktioneller Fünferausschuss eingerichtet, dessen Ergebnisse im Hauptausschuss beschlossen, doch von den Alliierten abgelehnt wurden. Den Alliierten missfiel, dass der Parlamentarische Rat an der Bundesfinanzverwaltung, einer umfangreichen Vorranggesetzgebung des Bundes sowie am sogenannten Berufsbeamtentum festhielt. Auch das Ergebnis des danach einberufenen interfraktionellen Siebenerausschusses, der mit allijerten Finanzexperten verhandelte, lehnten die Alliierten ab.

Erst die Washingtoner Außenministerkonferenz ebnete am 5. April 1949 den Weg zum Grundgesetz. Die Militärgouverneure übermittelten am 10. April 1949 das in den Frankfurter Dokumenten angekündigte Besatzungsstatut und brachten das "Vertrauen" zum Ausdruck, dass der Parlamentarische Rat den Empfehlungen der Militärgouverneure die nötige Beachtung schenken würde. Eine zweite Note der Außenminister veröffentlichten die Militärgouverneure am 22. April 1949. Darin übermittelten sie ihr Wohlwollen gegenüber der bisherigen Grundgesetzarbeit. Am 25. April 1949 diskutierten die Militärgouverneure die bislang von ihnen abgelehnten Artikel mit einer Delegation des Parlamentarischen Rates im Frankfurter amerikanischen Hauptquartier. Gemeinsam verständigten sich die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates und die Militärgouverneure auf einen Kompromiss, der dem Beschluss des Fünferausschusses vom Februar 1949 am nächsten kam. Aus der Frage der Konfessionsschule hielten sich die Alliierten heraus.

Nach der vierten Lesung im Hauptausschuss und der zweiten und dritten Lesung im Plenum bis zum 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit 53:12 Stimmen verabschiedet. Sechs Abgeordnete der CSU sowie alle Abgeordneten der DP, KPD und des Zentrums lehnten es ab. Die CSU vermisste beim Grundgesetz grundlegende föderalistische Vorgaben und ein Bekenntnis zur christlichen Staatsauffassung.

Am 12. Mai 1949 genehmigten die Militärgouverneure das Grundgesetz und verzichteten auf die Annahme des Grundgesetzes durch ein Referendum. Nicht zufällig war der 12. Mai jener Tag, an dem nach zähen Geheimverhandlungen zwischen Washington und Moskau auch die Berlin-Blockade der Sowjetunion beendet worden war. Zwischen dem 18. und 21. Mai 1949 wurde das Grundgesetz in den Landtagen der drei westlichen Besatzungszonen angenommen. Nur der Bayerische Landtag lehnte in einer ersten Abstimmung das Grundgesetz ab; stimmte immerhin in einer zweiten Abstimmung dafür, dass bei Annahme des Grundgesetzes in zwei Dritteln der deutschen Länder die Rechtsverbindlichkeit des Grundgesetzes auch für Bayern anerkannt wird.

Vier Jahre nach dem Krieg, am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz in Bonn ausgefertigt und verkündet. Es trat um Mitternacht vom 23. auf den 24. in Kraft.

Die Wahlbeteiligung von 78,5 Prozent bei der ersten Bundestagswahl am 14. August 1949 wurde stets als Zustimmung zum Grundgesetz gewertet.

Mit der Konstituierung von Bundesrat und Bundestag am 7. September 1949 war auch aus völkerrechtlicher Perspektive und aus Sicht der Alliierten die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgt, woraufhin in der Sowjetischen Besatzungszone scheinbar in Reaktion auf die Gründung in Bonn am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR) mit ihrer Hauptstadt Ost-Berlin gegründet wurde.

Dr. Michael F. Feldkamp ist als Historiker seit 1993 mit Unterbrechungen in der Verwaltung des Deutschen Bundestages tätig.



Carlo Schmid (SPD) am Tag der Unterzeichnung des Grundgesetzes. Der Sozialdemokrat ist als Teilnehmer am Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee und Mitglied des Parlamentarischen Rates entscheidend an der Erarbeitung des Grundgesetzes beteiligt.



Konrad Adenauer (CDU) mit Aktentasche in der konstituierenden Sitzung des Parlamentarischen Rates am 1. September 1948. Er wird am 15. September 1949 vom Deutschen Bundestag zum ersten Bundeskanzler gewählt.

Von Benedikt Wintgens

"Flüchtlinge, Wohnungsbau, Arbeitslosigkeit" - Deutschland stehe vor großen Problemen, berichtete im Januar 1950 die populäre britische Illustrierte "Picture Post". Aller Augen richteten sich nach dem Eindruck der Reporter auf den ein paar Monate zuvor gewählten Bundestag, "auf die neugeborene politische Demokratie". Nur wenige Jahre nach dem Zivilisationsbruch des Nationalsozialismus gab es seit dem Spätsommer 1949 wieder eine demokratisch gewählte Volksvertretung, wenigstens für Westdeutschland. Sie tagte nicht mehr in Berlin, sondern für damals ungeahnte Zeit am Rhein. Hier versuchte der "improvisierte politische Apparat namens Bonn", so "Picture Post" in der Reportage, die am 14. Januar 1950 erschien, das Chaos der Nachkriegszeit zu bewältigen – und für den Auf- und Ausbau einer jungen, immer wieder als bedroht empfundenen Demokratie zu sorgen ("Where Do They Go From Bonn?").

Ähnlich ausdrucksstark wie die Formulierungen waren die Bilder, mit denen die Zeitschrift den Bundestag vorstellte und die den Fotografien von Erna Wagner-Hehmke ähneln. Auch sie zeigten die klaren, modernen Formen der Parlamentsgebäude, die großen Fenster und die helle Atmosphäre des Plenarsaals. Der Fokus aufs Parlament war jedoch nicht nur dem Neuigkeitswert geschuldet, den sowohl das Haus als auch die Institution nach 1949 hatten. Zugleich entsprach die Schwerpunktsetzung der Bedeutung, die dem Bundestag im Zentrum der repräsentativen Demokratie in Deutschland zukommt. Er ist das einzige direkt vom Staatsvolk gewählte Organ auf Bundesebene und soll die Volkssouveränität verwirklichen. Auch symbolisch bot das Parlament am Rheinufer eine stimmige Szenerie. Denn neu gebaut worden war nur ein Teil des Gebäudes. Nicht verbergen wollte das Bundeshaus seine ursprüngliche Funktion als Pädagogische Akademie aus der Weimarer Republik, die im Stil des "Neuen Bauens" errichtet worden war. In mehrfacher Hinsicht mischten sich im Bonner Parlamentsgebäude Neubeginn und Wiederaufbau, Tradition und Modernität.

Neubeginn und Wiederaufbau. Der Bundestag 1949-1953

Seit 1949 wurden im Bundestag die Fundamente gelegt, auf denen die Bundesrepublik zu wesentlichen Teilen bis heute steht. Das gilt erstens institutionell, wenn man an die Interaktion des Parlaments mit der Bundesregierung sowie den Länderregierungen im Bundesrat oder an die Gründung des Bundesverfassungsgerichts denkt. Es gilt zweitens inhaltlich, weil verschiedene Grundsatzentscheidungen bis heute (angepasst und erneuert) weiter wirken, allen voran Marktwirtschaft und Sozialstaat, der Prozess der europäischen Einigung und die Sicherheitspolitik im Rahmen der westlichen Verteidigungsgemeinschaft. Zum Dritten gilt das organisatorisch oder kulturell, womit die Arbeitsweisen, der Debattenstil und das Selbstverständnis der Abgeordneten gemeint sind.

In der Geschichte der repräsentativen Demokratie in Deutschland war die Phase der frühen Bundesrepublik eine maßgebliche Gründerzeit. Angesichts der Herausforderungen des Wiederaufbaus war der Bundestag dabei ein tatkräftiger Gesetzgeber – so wie es seiner verfassungsrechtlichen Rolle und der weitverbreiteten Wahrnehmung als "Arbeitsparlament" entspricht. Selbstbewusst zog Bundestagspräsident Hermann Ehlers im Juli 1953 eine erste Bilanz: Die Fraktionen, Ausschüsse und andere Gremien hatten insgesamt 7734 Sitzungen, der Bundestag 282 Plenarsitzungen absolviert und mehr als 500 Gesetze beschlossen. In diesen Zahlen, genauso wie im Hinweis auf die erbrachte Leistung selbst, kam der außergewöhnliche Regelungsbedarf zum Ausdruck, der für Umbruchzeiten wie die Nachkriegs- und Wiederaufbaujahre typisch ist. So betonte Ehlers auch, dass die "Fundamentierung eines neuen deutschen Staates" fast eine "Überforderung" gewesen sei.

Indem sich der Bundestag der 1950er Jahre als leistungsfähiger Gesetzgeber präsentierte, stellte er sich in eine Tradition des deutschen Parlamentarismus. Der vergleichende Rückblick auf den Reichstag nach 1871 zeigt: Ein hoher Bedarf an gesetzlichen Regelungen stärkt Einfluss und Relevanz von Parlamenten, während Krisen und Entscheidungsdruck Regierungen zu begünstigen scheinen. Insofern konnte der nach demokratischem Wahlrecht gewählte Reichstag seine Position im obrigkeitsstaatlichen Kaiserreich auch deshalb ausbauen, weil das Parlament bei der Ausgestaltung des neuen Nationalstaats eine entscheidende Rolle spielte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wiederum orientierte sich der Bundestag – etwa bei der Gliederung in Plenum, Ausschüsse und Fraktionen – an den Strukturen und Abläufen, wie sie sich in der Parlamentspraxis seit der Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 eingespielt hatten.

Ein Bruch mit deutschen Traditionen war hingegen, dass im Bonner Bundestag der lange bestehende Dualismus von Parlament und Exekutive überwunden wurde. Am 15. September 1949 wählte die Volksvertretung den CDU-Politiker Konrad Adenauer zum Bundeskanzler. Der Bundestag bestimmte die Spitze der Regierung, weder Monarch noch Präsident – das war im Kern das parlamentarische Regierungssystem. Gemeint ist damit eine Regierung, die durch die Wahl im Parlament demokratisch legitimiert wird, von einer Mehrheit der Abgeordneten abhängt und mit dem Bundestag zusammenarbeitet. Unter den besonderen Bedingungen der 1950er Jahre und wegen der Person des viele an einen Patriarchen erinnernden Adenauer wurde für diese Konstellation der Begriff "Kanzlerdemokratie" geprägt, wobei hier politische, charakterliche und organisatorische Faktoren zusammenkamen. Geblieben ist jedoch das Gegenüber von Regierungsmehrheit und Opposition.

Diese Parlamentarisierung entsprach den Buchstaben des Grundgesetzes, zugleich war sie das Resultat einer konkreten Praxis. Einerseits setzte Adenauer nach der ersten Bundestagswahl eine sogenannte "kleine" Koalition mit der FDP und der konservativen Deutschen Partei durch – und das, obwohl "große" Koalitionen von CDU und SPD auf Landesebene in der Nachkriegszeit nicht unüblich gewesen waren. Andererseits verpflichtete der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, kongenial zu Adenauer, seine Sozialdemokraten auf einen klaren, aber systemloyalen Oppositionskurs. Zur Wahl standen nun zwei starke, die Demokratie bejahende Lager mitte-rechts und mitte-links. Dieses Muster unterschied den Bonner Parlamentarismus nicht zuletzt von der Weimarer Republik.

Koalitions- und viele Oppositionsparteien teilten einen Grundkonsens: für die parlamentarische Demokratie, für Zusammenarbeit und Aussöhnung mit den USA sowie den europäischen Nachbarn, für die nationale Wiedervereinigung mit der DDR. Über die Details aber, über die Methoden in der Außen-, Deutschland- und Innenpolitik stritten die Parteien in teilweise hochemotionalen Debatten – womit der Bundestag seine zweite Eigenschaft als "Redeparlament" unter Beweis stellte. Unerhört modern war das Bonner Parlament dabei, weil viele dieser Debatten im Radio, dem zentralen Massenmedium der 1950er Jahre, übertragen wurden und ein breites Publikum fanden.

Diese "Redeschlachten" und "Sternstunden", insbesondere über Westbindung, Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, festigten den Eindruck der Gegensätze. Darüber sollten allerdings zwei Aspekte nicht übersehen werden: Neben den Konflikten gab es zwischen 1949 und 1953 eine intensiv gelebte Praxis der Kooperation zwischen den Fraktionen. In der Sozialpolitik, bei der Versorgung von Kriegsopfern, Flüchtlingen und Vertriebenen sowie in vielen Fragen der Wohnungs- und Wiederaufbaupolitik, fanden die Abgeordneten immer wieder zusammen. Vollständig außerhalb dieses Konsensbereiches standen am linken und rechten Rand die Kommunisten sowie die Vertreter rechtsradikaler Splitterparteien, die im ersten Bundestag noch für Provokationen und Skandale sorgten, mit der Stabilisierung der Bundesrepublik und ihres Parteiensystems aber von der Bühne verschwanden. Beim Neubeginn im Wiederaufbau spielte der erste Bundestag ein breites Repertoire von Konsens und Konflikt, von Konkurrenz, Kooperation und Kompromissen.

Dr. Benedikt Wintgens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e.V. (KGParl) in Berlin.



Aufenthaltsraum des Parlamentarischen Rates. Die 65 Mitglieder waren von den Landesparlamenten gewählt worden.



v.l.n.r.: Helene Wessel (Deutsche Zentrumspartei), Helene Weber (CDU), Frieda Nadig (SPD) und Elisabeth Selbert (SPD). Als Mitglieder des Parlamentarischen Rates arbeiteten sie das Grundgesetz mit aus.

Parlamendarium

Januar

4. Januar 1957 Zehn saarländische Abgeordnete für den Bundestag

Der saarländische Landtag wählt zehn Abgeordnete aus seiner Mitte für den Bundestag. Nach einer Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 war das Saarland Teil des Bundesgebietes geworden.

6. Januar 1983 Bundestag wird aufgelöst

Nachdem der Bundestag Bundeskanzler Helmut Kohl am 17. Dezember 1982 das Vertrauen entzogen hat, löst Bundespräsident Karl Carstens auf Vorschlag des Kanzlers das Parlament auf und ordnet Neuwahlen für den 6. März 1983 an.

9. Januar 1995 Schlüsselübergabe für erstes Bundestagsgebäude in Berlin

Bundesbauminister Klaus Töpfer übergibt den Plattenbau des ehemaligen DDR-Volksbildungsministeriums an der Ecke Unter den Linden/Wilhelmstraße als erstes für den Bundestag fertiggestelltes Gebäude in Berlin an Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth.

10. Januar 1934 Marinus van der Lubbe wird hingerichtet

Für seine Beteiligung am Reichstagsbrand vom 27. Januar 1933 wird der niederländische Kommunist kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten mithilfe eines nachträglich erlassenen Gesetzes zum Tode verurteilt und im Innenhof des Leipziger Landgerichts hingerichtet.

11. Januar 1952 Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zur Montanunion

Nach einem dreitägigen Sitzungsmarathon stimmen die Abgeordneten für den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und legen damit einen Grundstein für die europäische Integration.

11. Januar 1990 9. Volkskammer der DDR verabschiedet neues Reisegesetz

Per Gesetz wird den Bürgern der DDR die uneingeschränkte Reisefreiheit eingeräumt und das Recht gewährt, Devisen zu erwerben. Zuvor war das Reisen ins "nichtsozialistische Ausland" vor allem SED-Funktionären und anderen, der Partei nahestehenden DDR-Bürgern vorbehalten.

12. Januar 1912 Letzte Reichstagswahl im Kaiserreich vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Die SPD erreicht 34,8 Prozent der Stimmen und stellt nach der Stichwahl am 25. Januar mit 110 Abgeordneten erstmals die stärkste Fraktion. Die sogenannte Hungerwahl steht unter dem Einfluss steigender Lebensmittelpreise.

13. Januar 1920 Tote bei Demonstration vor dem Reichstagsgebäude

Während der Verhandlung der Weimarer Nationalversammlung zum Betriebsrätegesetz demonstrieren vor dem Reichstagsgebäude Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) und der Kommunisten. Die Preußische Sicherheitspolizei eröffnet das Feuer, 42 Menschen kommen ums Leben.

14. Januar 1991 Sondersitzung des Deutschen Bundestages zur Krise in der Golfregion und zum Einmarsch sowjetischer Truppen in Litauen

Das Parlament verabschiedet zwei Resolutionen, in denen der Irak zum Rückzug aus Kuwait und die Sowjetunion zur Beendigung ihrer militärischen Interventionen in Litauen aufgefordert werden. Die Krise in der Golfregion führt zum Zweiten Golfkrieg der USA gegen den Irak, der am 16. Januar 1991 beginnt. Litauen hatte am 11. März 1990 seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erklärt.

15. Januar 1916 Reichstag beschließt Herabsetzung des Rentenalters für Arbeiter

Nachdem Angestellte bereits seit 1911 statt mit 70 mit 65 Jahren in Rente gehen konnten, beschließt der Reichstag einstimmig dieses Renteneintrittsalter auch für Arbeiter festzulegen.

- 16. Januar 1992 Konstituierende Sitzung der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundesrat und Bundestag Nach der deutschen Wiedervereinigung soll sich eine Kommission mit möglichen Grundgesetzänderungen und Ergänzungen befassen. Für größere Verfassungsänderungen kommt im Laufe der knapp zweijährigen Arbeit keine notwendige Mehrheit zustande.
- 16. Januar 1996 Der israelische Staatspräsident Ezer Weizman spricht vor dem Deutschen Bundestag
 Als erstes israelisches Staatsoberhaupt spricht Ezer Weizman vor dem Bundestag und mahnt Wachsamkeit gegenüber neonazistischen Entwicklungen in Deutschland an.
- 16. Januar 1998 Beschluss des Bundestages zur Wohnraumüberwachung
 Durch die Erweiterung des Art. 13 GG um die Absätze drei bis sechs wird unter bestimmten Voraussetzungen eine akustische Wohnraumüberwachung, der sogenannte Lauschangriff, ermöglicht.
- 17. Januar 1991 Erstmals wählt gesamtdeutscher Bundestag den Bundeskanzler
 Helmut Kohl wird mit 378 von 644 abgegebenen Stimmen erneut zum Bundeskanzler gewählt.
- 18. Januar 1920 Weimarer Nationalversammlung beschließt Betriebsrätegesetz Mit dem Gesetz wird in Deutschland erstmals die betriebliche Mitbestimmung geregelt. Das Gesetz stößt auf Widerstand bei Gewerkschaftern, USPD und Kommunisten, da sie den Einfluss der Arbeiterräte beschnitten sehen.
- 19. Januar 1919 Wahl zur verfassunggebenden Nationalversammlung An der Wahl, bei der erstmals Frauen stimmberechtigt sind, beteiligen sich 83 Prozent der Wahlberechtigten.
- 19. Januar 1996 Erste Gedenkstunde im Deutschen Bundestag anlässlich des Holocaust-Gedenktages
 In seiner Rede drückt Bundespräsident Roman Herzog die Hoffnung aus, dass der zentrale Gedenktag "aus der Erinnerung immer wieder lebendige Zukunft werden lasse". Fortan wird der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus jährlich am 27. Januar im Deutschen Bundestag verbunden mit einer Jugendbegegnung begangen.
- 19. Januar 2006 Deutscher Bundestag stimmt für den Abriss des Palastes der Republik Nach dem Parlamentsbeschluss für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses von 2002 bekräftigt der Bundestag seine Entscheidung, indem er für den Abriss des Palastes der Republik stimmt.
- **20. Januar 1983** François Mitterrand spricht vor dem Deutschen Bundestag
 Anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages spricht der französische Staatspräsident François Mitterrand vor dem Plenum des Bundestages.
- 21. Januar 1957 Deutscher Bundestag führt dynamische Rente ein
 Mit der Reform wird der "Solidarvertrag zwischen den Generationen" geschlossen: Die Berufstätigen
 zahlen von nun an die Renten der Ruheständler. Die Höhe der Rente hängt damit zugleich von der
 Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ab.
- 22. Januar 2003 Erste gemeinsame Sitzung des deutschen und französischen Parlaments
 Anlässlich des 40. Jahrestages des deutsch-französischen Elysée-Vertrages halten die Abgeordneten von Bundestag und Assemblée nationale eine gemeinsame Parlamentssitzung in Versailles ab.
- 23. Januar 1952 Erste Fragestunde im Deutschen Bundestag
 Die Abgeordneten nutzen die neu in die Geschäftsordnung aufgenommene Fragestunde, um elf
 mündliche Fragen an die Vertreter der Bundesregierung zu stellen.
- 23. Januar 1976 Deutscher Bundestag verabschiedet neues Jugendarbeitsschutzgesetz
 Für Jugendliche wird unter anderem das Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit auf 15 Jahre festgelegt. Außerdem werden sie an Berufsschultagen von der Arbeit im Betrieb freigestellt.
- 23. Januar 1992 Deutscher Bundestag ermöglicht Zugang zu den Archiven der Parteien und Massenorganisationen der DDR
 Die Abgeordneten stimmen einer Änderung des Bundesarchivgesetzes zu, wonach das Bundesarchiv mittels dreier unselbstständiger Stiftungen die Hinterlassenschaften der Parteien und Massenorgani-

sationen der DDR in Obhut nehmen und der Öffentlichkeit zugänglich machen kann.

23. Januar 2002 Schlüsselübergabe Jakob-Kaiser-Haus

Das Jakob-Kaiser-Haus beherbergt 1.745 Büros, in denen die Abgeordneten, ihre Mitarbeiter sowie Fraktions- und Verwaltungsmitarbeiter arbeiten.

24. Januar 1951 Verabschiedung des Wahlprüfungsgesetzes

Das Gesetz ermöglicht es, Einspruch gegen die Bundestagswahl einzulegen und eine Wahlüberprüfung zu fordern.

24. Januar 1989 Hausinspektion wird in Bundestagspolizei umbenannt

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth entscheidet, die Hausinspektion in "Polizei- und Sicherungsdienst beim Deutschen Bundestag" umzubenennen.

25. Januar 1985 Deutscher Bundestag erklärt alle Urteile des früheren NS-Volksgerichtshofs für nichtig

Damit wird die Rechtskraft aller Entscheidungen des nationalsozialistischen Gerichts in der Bundesrepublik Deutschland aufgehoben.

26. Januar 2012 NSU-Untersuchungsausschuss eingesetzt

Der Bundestag beschließt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur 2011 aufgedeckten Mordserie des rechtsextremen "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU).

27. Januar 1965 Wehrbeauftragter bekommt Rederecht

Nach einer Ergänzung der Geschäftsordnung wird dem Wehrbeauftragten in der Aussprache über die von ihm vorgelegten Berichte das Wort erteilt, wenn es von einer Fraktion oder von anwesenden fünf Prozent der Mitglieder des Bundestages verlangt wird.

27. Januar 2010 Der israelische Staatspräsident Shimon Peres spricht vor dem Deutschen Bundestag

In seiner Rede bezeichnet Peres die Freundschaft zwischen Deutschland und Israel als "einzigartig". Dies schließe die Erinnerung an die Shoa ein.

28. Januar 1930 Deutscher Reichstag beschließt das Zündwarenmonopolgesetz

Infolge der Wirtschaftskrise geht das Deutsche Reich einen Anleihevertrag mit einem schwedischen Zündholzkonzern ein (sog. Kreuger-Anleihe). Diesem wird im Gegenzug das nationale Monopol auf die Herstellung und den Vertrieb von Zündhölzern übertragen. Das Monopol bleibt bis Januar 1983 erhalten.

30. Januar 1997 Deutscher Bundestag ratifiziert deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung

Deutschland übernimmt Verantwortung für das im Zweiten Weltkrieg begangene Unrecht während der Besatzung der damaligen Tschechoslowakei. Tschechien erklärt seinerseits sein Bedauern über die Vertreibung von 2,5 Millionen Sudetendeutschen.

30. Januar 2002 Deutscher Bundestag debattiert über Stammzellforschung

In einer Grundsatzdebatte erläutern die Abgeordneten auf der Grundlage von drei fraktionsübergreifenden Anträgen ihre Auffassungen zum Umgang mit embryonalen Stammzellen zu Forschungszwecken. Eine Mehrheit erhält der Antrag, der den Forschern nur unter engen Vorgaben die Arbeit mit Stammzellen ermöglicht.

31. Januar 1996 Website des Bundestages geht online

Unter der Adresse www.bundestag.de können Bürgerinnen und Bürger erstmals direkt auf die Tagesordnungen des Bundestages zugreifen, Profile der Abgeordneten einsehen sowie Pressemitteilungen und grundlegende Informationen über die parlamentarische Arbeit abrufen. Im ersten Jahr gibt es über 3,5 Millionen Zugriffe auf die Website.

Februar

1. Februar 1906 Erstmals Pläne für Ausbau des Dachgeschosses im Reichstagsgebäude

Um dem zunehmenden Platzmangel im Reichstagsgebäude entgegenzutreten, legt der Haushaltsausschuss dem Plenum einen Plan zum Ausbau des Dachgeschosses vor, der insgesamt 106 Arbeitsräume für je zwei bis vier Abgeordnete enthält. Im Laufe des Jahres 1913 werden die Arbeiten ausgeführt.

1. Februar 1951 Deutscher Bundestag beschließt Gesetz über Bundesverfassungsgericht

Das Gesetz regelt Verfahrensweisen und Zuständigkeiten des höchsten Gerichts in Deutschland. Es bestimmt, dass der Sitz des Gerichts "vorerst in Karlsruhe" sein soll. Im Herbst 1951 nimmt das Gericht mit 23 Richtern und einer Richterin seine Arbeit im Prinz-Max-Palais in Karlsruhe auf. Der erste Präsident ist Hermann Höpker-Aschoff.

2. Februar 1950 Deutscher Bundestag setzt ersten Untersuchungsausschuss ein

Auf Antrag der Bayernpartei soll die Importpolitik des Vereinigten Wirtschaftsrates auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland überprüft werden, der vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland als west-deutsche Selbstverwaltung fungierte. Der Ausschuss will untersuchen, ob Waren am Bedarf vorbei eingeführt und bestimmte Importeure bevorzugt wurden.

3. Februar 1994 Fraktionsübergreifender Antrag zum Kunstprojekt "Verhüllter Reichstag"

Nach jahrzehntelangen vergeblichen Bemühungen seitens des Künstlerpaars Jean-Claude und Christo wird der fraktionsübergreifende Antrag "Verhüllter Reichstag – Projekt für Berlin" in den Deutschen Bundestag eingebracht. Er findet drei Wochen später eine Mehrheit von 292 Ja-Stimmen gegenüber 223 Nein-Stimmen.

4. Februar 1994 Deutscher Bundestag ändert Europawahlgesetz

Demnach sind unter anderem auch die rund 1,5 Millionen in Deutschland lebenden Staatsbürger aus Ländern der Europäischen Union wahlberechtigt.

5. Februar 1990 9. Volkskammer der DDR beschließt umfangreiche Reformen

Die Volkskammer beschließt die uneingeschränkte Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit in der DDR. Die Abgeordneten wählen zudem acht Politiker aus oppositionellen Parteien und Gruppierungen als Minister ohne Geschäftsbereich in den Ministerrat.

6. Februar 1919 Konstituierung der Weimarer Nationalversammlung

Aufgrund revolutionärer Unruhen in Berlin kommen die Abgeordneten der Nationalversammlung in Weimar zusammen. Die Nationalversammlung ist das verfassunggebende Parlament der Weimarer Republik.

6. Februar 1929 Reichstag ratifiziert Briand-Kellogg-Pakt

In dem nach dem amerikanischen Außenminister Frank Kellogg und dem französischen Außenminister Aristide Briand benannten Pakt verpflichten sich die Unterzeichner zur friedlichen Lösung internationaler Konflikte. Der Vertrag legt den Grundstein für eine völkerrechtliche Ächtung von Kriegen.

7. Februar 1985 Deutscher Bundestag beschließt aktives Wahlrecht für Deutsche im Ausland

Durch eine vom Bundestag gebilligte Novelle des Bundeswahlgesetzes erhalten deutsche Staatsbürger im Ausland unter bestimmten Bedingungen das aktive Wahlrecht zur Bundestagswahl.

8. Februar 1952 Deutscher Bundestag stimmt deutschem Verteidigungsbeitrag grundsätzlich zu

Bei der ersten Debatte über einen deutschen Verteidigungsbeitrag und damit einer möglichen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik stoßen die kontroversen Auffassungen von Regierung und Opposition im Deutschen Bundestag aufeinander. Die Abgeordneten stimmen dem Antrag der Regierung Adenauer mehrheitlich zu.

9. Februar 1888 Reichstag verlängert die Legislaturperiode von drei auf fünf Jahre

Im 1887 neu gewählten Reichstag unterstützen die Deutschkonservative Partei (DKP), die Deutsche Reichspartei (DRP) und die Nationalliberale Partei (NLP) den Vorschlag von Reichskanzler Otto von Bismarck.

10. Februar 1919 Verabschiedung des "Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt"

Das Gesetz regelt bis zum Beschluss der Weimarer Verfassung die Regierungsgewalt während des Übergangs vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Bereits im November 1918 hatte der letzte kaiserliche Reichskanzler die Macht informell an den SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert übergeben.

10. Februar 1965 Erste Aktuelle Stunde im Deutschen Bundestag

Thema der Aussprache, in der die Redebeiträge nicht länger als fünf Minuten sein dürfen, sind "Fragen, die für die deutsche Politik durch die jüngste Pressekonferenz des französischen Staatspräsidenten aktuell wurden". Präsident Charles de Gaulle hatte dabei deutschlandkritische Bemerkungen gemacht.

10. Februar 1995 Norman Foster stellt endgültigen Entwurf der Reichstagskuppel vor

Der Architekt hatte sich ursprünglich gegen eine Kuppel ausgesprochen und wollte ein gläsernes Flachdach bauen. Der Ältestenrat des Bundestages entschied sich jedoch für eine Kuppel.

11. Februar 1919 Nationalversammlung wählt ersten Reichspräsidenten

Friedrich Ebert (SPD) wird mit 73,1 Prozent der Stimmen zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Er ernennt zwei Tage später Philipp Scheidemann zum Ministerpräsidenten, dessen Regierung die erste demokratisch legitimierte Regierung Deutschlands ist.

12. Februar 1867 Wahlen zum konstituierenden Reichstag des Norddeutschen Bundes

Die Wahlen erfolgen nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht für Männer ab 25 Jahren. Der Reichstag des Norddeutschen Bundes ist noch kein Parlament, sondern eine verfassungsvereinbarende Versammlung der Bündnisstaaten.

12. Februar 1976 Deutscher Bundestag regelt erstmals Straffreiheit bei Schwangerschaftsabbruch

Das "Fünfzehnte Strafrechtsänderungsgesetz" legt Bedingungen fest, unter denen Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis in bestimmten Situationen straffrei bleibt.

12. Februar 2009 Deutscher Bundestag stimmt Ausgleich der Altersvorsorge zwischen Ehegatten zu

Der Bundestag entscheidet einstimmig, dass der finanzielle Ausgleich der Altersvorsorge zwischen Ehegatten nach der Scheidung neu geregelt wird. Dies garantiert, dass der nicht erwerbstätige Partner im Alter oder bei Invalidität abgesichert ist.

14. Februar 1919 Nationalversammlung wählt Präsidenten

Konstantin Fehrenbach wird zum Präsidenten der Weimarer Nationalversammlung gewählt. Der Zentrumspolitiker war zuvor Präsident des Reichstages.

15. Februar 1951 Deutscher Bundestag beschließt Einrichtung des Bundesgrenzschutzes

Die dem Bundesinnenministerium direkt unterstehende Polizeibehörde ist insbesondere für den Schutz der deutschen Grenzen verantwortlich. Im Jahr 2005 erhält sie den Namen "Bundespolizei".

16. Februar 1978 Deutscher Bundestag verabschiedet das zweite Anti-Terror-Gesetz

Unter dem Eindruck des RAF-Terrors beschließen die Abgeordneten unter anderem, dass bei Fahndungen an öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen eingerichtet werden können.

17. Februar 2005 Deutscher Bundestag beschließt Erhöhung des Einberufungshöchstalters für Reservisten

Der Bundestag setzt das Einberufungshöchstalter für Reservisten im Spannungsfall von 45 auf 60 Jahre herauf.

19. Februar 1913 Reichstag bewilligt die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes

Seit 1872 war es dem Jesuitenorden untersagt gewesen, sich auf dem Gebiet des Deutschen Reiches niederzulassen. Durch die Aufhebung des Gesetzes wird die Rückkehr der Jesuiten möglich.

19. Februar 1959 Wahl des ersten Wehrbeauftragten

Die Abgeordneten wählen den ehemaligen Generalleutnant Helmuth von Grolman zum ersten "Anwalt der Soldaten" im Parlament.

19. Februar 1969 "Langer Eugen" ist bezugsfertig

Das Hochhaus beherbergt die Abgeordnetenbüros während der Zeit des Deutschen Bundestages in Bonn. Sein Name geht zurück auf Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier.

19. Februar 1976 Bundestag stimmt deutsch-polnischem Sozialversicherungsabkommen zu

Es ermöglicht unter anderem in Deutschland lebenden Polen und in Polen lebenden Deutschen eine angemessene Altersvorsorge.

19. Februar 1993 Jury-Entscheidung zur Gestaltung des Parlaments- und Regierungsviertels

Die Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank gewinnen den ersten Preis für ihr städtebauliches Konzept zur Gestaltung des Parlaments- und Regierungsviertels. Die Jury verleiht zudem den Konzepten von Norman Foster, Santiago Calatrava und Pi de Bruijn zur Umgestaltung des Reichstagsgebäudes den ersten Preis.

19. Februar 2002 Richtfest am Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Es beherbergt die Bibliothek des Deutschen Bundestages und rund 600 Büros. Namensgeberin ist die frühere FDP-Abgeordnete Marie-Elisabeth Lüders.

20. Februar 1974 Deutscher Bundestag beschließt Verzicht auf Atomwaffen

Die Abgeordneten billigen mehrheitlich den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) und damit den Verzicht der Bundesrepublik auf den Erwerb von Atomwaffen.

20. Februar 1990 9. Volkskammer verabschiedet Wahlgesetz für die ersten freien Wahlen in der DDR

Mit dem Wahlgesetz können die Bürger der DDR erstmals frei ein Parlament wählen. Zudem legt das Wahlgesetz fest, dass im Parlament künftig nur noch 400 statt 500 Abgeordnete sitzen werden, die in freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen ermittelt werden.

21. Februar 1957 Deutscher Bundestag stimmt Gründung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu

Die Stiftung erhält die Aufgabe, nach der Auflösung des preußischen Staates dessen Sammlungen und Kulturgüter als gesamtdeutsches Erbe zu erhalten. Sie wird vom Bund und den Ländern gemeinschaftlich finanziert.

22. Februar 2008 Deutscher Bundestag verschärft Waffenrecht

Der Bundestag spricht sich mit großer Mehrheit dafür aus, unter anderem das Tragen gefährlicher Messer und realistisch aussehender Spielzeugwaffen unter Strafe zu stellen und die Kennzeichnungspflicht erlaubnispflichtiger Schusswaffen zu verschärfen.

23. Februar 1967 Deutscher Bundestag ermöglicht erstes Investitionsprogramm

Mit 2,5 Milliarden Mark sollen zusätzliche Investitionen im Straßen- und Wohnungsbau sowie bei Bahn und Post ermöglicht werden.

23. Februar 1972 Beginn der Debatte über die Ostverträge

Insgesamt 22 Stunden, verteilt auf drei Tage, debattieren die Abgeordneten über die Ostverträge, die mit der Sowjetunion und mit Polen geschlossen wurden. Während die Regierung Brandt (SPD) den "Wandel durch Annäherung" befürwortet, wirft ihr die Opposition vor, einen Weg zu gehen, "der mit Illusionen gepflastert" sei.

23. Februar 1992 Fernsehstar serviert im Bundestag

Die aus der Fernsehserie "Lindenstraße" bekannte Schauspielerin Marie-Luise Marjan serviert im Bonner Abgeordnetenhochhaus "Langer Eugen" Maultaschen für einen guten Zweck. Sie hatte sich dazu in der Fernseh-Show "Wetten dass…" verpflichtet, sollte sie ihre Wette verlieren.

24. Februar 1793 Erstmals Wahlen nach demokratischen Grundsätzen auf deutschem Boden

Im Zuge der französischen Revolution finden Wahlen zum Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent statt. Es ist das Parlament der Mainzer Republik, die bis zur Eroberung durch die Preußen im Juli 1793 existierte.

24. Februar 1867 Konstituierender Reichstag des Norddeutschen Bundes beginnt Beratungen

Das Gremium verabschiedet schließlich im April eine Verfassung, die 1871 grundlegend für die Verfassung des Deutschen Reiches wurde.

24. Februar 1997 Symbolischer Spatenstich am Jakob-Kaiser-Haus

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth nimmt den ersten Spatenstich für das Jakob-Kaiser-Haus vor.

24. Februar 1999 Test der Tonanlage im umgebauten Plenarsaal des neuen Reichstagsgebäudes

Um die Akustik im vollbesetzten Plenum zu simulieren, übernehmen 1.100 Bundeswehrsoldaten die Plätze von Abgeordneten und Besuchern.

25. Februar 1994 Deutscher Bundestag stimmt für Kunstprojekt "Verhüllter Reichstag"

Nach langen kontroversen Diskussionen spricht sich das Parlament mit 292 Ja- und 223 Nein-Stimmen für das Vorhaben des Künstlerehepaars Christo und Jeanne-Claude aus. Diese hatten jahrelang um Unterstützung der Abgeordneten geworben.

26. Februar 1992 Einweihung der Gedenkstätte für ermordete Reichstagsabgeordnete

In drei großformatigen, repräsentativ gestalteten Gedenkbüchern wird im Reichstagsgebäude an die Lebensschicksale der zwischen 1933 und 1945 verfolgten und ermordeten Mitglieder des Reichstages erinnert. Zu der Gedenkstätte gehört zudem eine monumentale Fotowand von Katharina Sieverding.

26. Februar 1954 Deutscher Bundestag beschließt erste Wehrergänzung zum Grundgesetz

Als Folge der beschlossenen Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland stimmt der Bundestag für verschiedene Grundgesetzänderungen. Darunter fällt die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Verteidigungsangelegenheiten und Fragen des zivilen Bevölkerungsschutzes.

26. Februar 1969 Richard Nixon spricht vor dem Bundestag

Als erster ausländischer Redner im Plenum des Deutschen Bundestages betont der US-Präsident fast 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik den Beitrag für Frieden und Freiheit, den die Allianz zwischen Deutschland und den USA geleistet habe.

27. Februar 1919 Weimarer Nationalversammlung beschließt das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges muss die Zahl der Soldaten laut Versailler Vertrag von

800.000 auf 100.000 Mann reduziert werden. Das Gesetz ermöglicht die schrittweise Verkleinerung und Neuformierung der Armee, jedoch schließen sich viele entlassene Frontsoldaten paramilitärischen Organisationen an.

27 Februar 1933 Reichstagsbrand

In der Nacht vom 27. zum 28. Februar 1933 stehen Teile des Reichstagsgebäudes in Flammen. Der Brandanschlag, dessen Urheberschaft bis heute umstritten ist, liefert dem nationalsozialistischen Regime den Vorwand, bereits am Folgetag mit der "Verordnung zum Schutz von Volk und Staat", der sogenannten Reichstagsbrandverordnung, die verfassungsmäßigen Grundrechte aufzuheben und die Verfolgung der Opposition zu legalisieren.

27. Februar 1955 Deutscher Bundestag ratifiziert Pariser Verträge

Durch die Verträge erlangt die Bundesrepublik Deutschland nahezu vollständige Souveränität, da sie das Besatzungsstatut aufhebt. Sie tritt den Militärallianzen WEU (Westeuropäische Union) und NATO bei.

28. Februar 2002 Kofi Annan spricht als erster Generalsekretär der Vereinten Nationen vor dem Deutschen Bundestag

Der Friedensnobelpreisträger von 2001 betont in seiner Rede die Bedeutung Deutschlands bei der Erhaltung des Friedens in Europa und der Welt.



Zuschauer bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes in der Pädagogischen Akademie in Bonn.



Elisabeth Selbert (SPD) unterzeichnet am 23. Mai 1949 das Grundgesetz. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass Artikel 3 GG formuliert: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt."

März

2. März 1849 Nationalversammlung beschließt Reichswahlgesetz

Die Frankfurter Nationalversammlung beschließt ein für die Zeit fortschrittliches Wahlgesetz. Unter anderem wird Männern ab 25 Jahren unabhängig von ihrem Stand das aktive und passive Wahlrecht zugestanden. Zuvor hatten die Abgeordneten rund eine Woche darüber debattiert.

3. März 1871 Wahl zum ersten Reichstag

Aus den ersten Wahlen im Kaiserreich, die auf der Grundlage eines allgemeinen und direkten Wahlrechts für Männer ab 25 Jahren stattfinden, gehen die Nationalliberalen (NLP) als stärkste Kraft hervor.

4. März 1867 Otto von Bismarck bringt Entwurf der Bundesverfassung ein

Die vom Reichstag des Norddeutschen Bundes beschlossene Verfassung tritt am 1. Juli desselben Jahres in Kraft. Mit dem Norddeutschen Bund einigen sich erstmals mehrere deutsche Landesfürsten auf die Bildung eines deutschen Bundestaates. Dieser war eine wichtige Vorstufe im Prozess der Gründung des Deutschen Kaiserreiches im Jahr 1871.

4. März 2021 Erste Online-Ältestenratssitzung

Vor dem Hintergrund der Eindämmung der Covid-19-Pandemie findet die Sitzung des Ältestenrats nicht im Sitzungssaal, sondern erstmals als Online-Videoübertragung statt. Dem Ältestenrat gehören der Bundestagspräsident, seine Stellvertreterinnen und Stellvertreter sowie 23 weitere Abgeordnete an, die von den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke benannt werden.

5. März 1933 Letzte Reichstagswahl der Weimarer Republik

Die NSDAP wird in der letzten freien Wahl vor dem Zweiten Weltkrieg stärkste Partei. Der Wahlkampf war jedoch bereits geprägt von nationalsozialistischer Propaganda sowie der Verfolgung und Einschüchterung insbesondere sozialdemokratischer und kommunistischer Abgeordneter.

6. März 1956 Deutscher Bundestag beschließt parlamentarische Kontrolle der neuen Streitkräfte

Die Abgeordneten votieren für die "zweite Wehrergänzung" des Grundgesetzes und das Soldatengesetz. Damit machen sie unter anderem die allgemeine Wehrpflicht möglich und entscheiden sich für die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte sowie die Einsetzung eines Wehrbeauftragten.

7. März 1990 9. Volkskammer der DDR regelt Tätigkeit von Privatunternehmen

Die 9. Volkskammer verabschiedet ein Gesetz über die Gründung und Tätigkeit privater Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen.

8. März 1990 Deutscher Bundestag gibt Garantie-Erklärung für polnische Westgrenze

Mit der Erklärung erkennt die Bundesrepublik Deutschland die Oder-Neiße-Grenze endgültig an.

9. März 1978 Deutscher Bundestag schafft Voraussetzungen für Geheimdienstkontrolle

Der Bundestag beschließt ein Gesetz über die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste. Es regelt Bildung, Zuständigkeit sowie Art und Umfang der Rechte der Parlamentarischen Kontrollkommission.

9. März 2005 Präsident der Ukraine spricht vor Deutschem Bundestag

Viktor Juschtschenko hält im Plenum eine Ansprache vor den Abgeordneten und dankt für die Unterstützung der "Orangenen Revolution" in seinem Land.

9. März 2007 Deutscher Bundestag votiert für Anhebung des Renteneintrittsalters

Die Abgeordneten beschließen mehrheitlich, dass von 2012 bis 2029 das Renteneintrittsalter stufenweise von 65 auf 67 Jahre steigen wird.

10. März 1870 Übergabe der Originalurkunde der Frankfurter Reichsverfassung von 1849

Nach der Auflösung der Nationalversammlung im Juni 1849 hatte deren Schriftführer Friedrich Jucho die Originalausfertigung der Paulskirchenverfassung in England versteckt. Erst als sich die Gründung eines deutschen Nationalstaats zunehmend abzeichnet, übersendet er die Urkunde am 10. März 1870 schließlich dem Präsidenten des Norddeutschen Reichstages Eduard von Simson, der die Verfassung 1849 als Erster unterzeichnet hatte.

10. März 1950 Prügelei im Bundestag

In den Anfängen des Bundestages wird politischer Streit gelegentlich noch mit Fäusten ausgetragen. Nachdem der wegen antisemitischer Äußerungen aus der Fraktion der Deutschen Partei (DP) ausgeschlossene Abgeordnete Wolfgang Hedler (Deutsche Partei - DP) des Plenarsaales im Bonner Bundeshaus verwiesen wird, kommt es kurz darauf zu einer Prügelei zwischen ihm und mehreren sozialdemokratischen Abgeordneten, darunter auch Herbert Wehner.

10. März 1965 Abgeordnete debattieren Verlängerung der Verjährungsfrist von nationalsozialistischer Verbrechen

In einer mehrstündigen und emotional geführten Debatte, bei der die Fraktionsdisziplin aufgehoben ist, beschäftigen sich die Redner mit der Frage nach der Verjährungsfrist von Verbrechen nationalsozialistischer Täter.

10. März 1994 Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes

Mit dem "Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 20. Juni 1991 zur Vollendung der Einheit Deutschlands" regelt der Deutsche Bundestag den Umzug von Parlament und Teilen der Ministerien von Bonn nach Berlin.

11. März 1960 Deutscher Bundestag beschließt Wiedergutmachung für Norwegen und Dänemark

Der Bundestag beschließt, als Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus an Norwegen 60 Millionen und an Dänemark 16 Millionen D-Mark zu zahlen.

12. März 1992 Deutscher Bundestag setzt Enquete-Kommission "Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur" ein

Die Kommission bekommt unter anderem den Auftrag, Machtstrukturen und Wirkungsweise der Repression in der DDR zu untersuchen sowie die Auswirkungen auf die DDR-Bürger aufzuzeigen.

13. März 1997 Bundestagsdebatte über Wehrmachtsausstellung

Die Abgeordneten befassen sich in der Debatte mit der Wanderausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Sie setzen sich insbesondere mit der Kernthese der Ausstellung auseinander, nach der die deutsche Armee sich im Zweiten Weltkrieg aktiv am Vernichtungskrieg gegen Juden, Kriegsgefangene und Zivilbevölkerung beteiligt habe.

14. März 2003 Regierungserklärung zu "Agenda 2010"

In einer Regierungserklärung kündet Bundeskanzler Gerhard Schröder weitreichende sozialpolitische Reformen an. Die "Agenda 2010" sieht unter anderem die Zusammenlegung von Arbeitslosenund Sozialhilfe vor.

15. März 1956 Verabschiedung des neuen Bundeswahlgesetzes

Das Wahlgesetz führt unter anderem Neuerungen wie die Briefwahl und eine verschärfte Sperrklausel ein.

16. März 1960 Bundestagsbeschluss zur Privatisierung des Volkswagenwerkes

Das beschlossene Gesetz sieht vor, die Volkswagen GmbH in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. 60 Prozent des Grundkapitals gehen in private Hand über, während Niedersachsen und die Bundesrepublik Deutschland je 20 Prozent der Aktien erhalten.

16. März 1978 Deutscher Bundestag beschließt Europawahlgesetz

Das Gesetz regelt den rechtlichen Rahmen für die Wahlen der deutschen Abgeordneten im Europaparlament und legt die wesentlichen Bestimmungen zum Wahlrecht und Wahlsystem fest.

17. März 1793 Rheinisch-Deutscher Nationalkonvent der Mainzer Republik tritt erstmals zusammen

Das im Deutschhaus Mainz ansässige Parlament gilt als der erste Demokratieversuch auf deutschem Boden.

18. März 1920 Nationalversammlung tagt in Stuttgart

Wegen des gegen die Regierung gerichteten Kapp-Putsches, bei dem auch der Reichstag kurzfristig besetzt wurde, tagt die Nationalversammlung im Stuttgarter Kunstgebäude.

18. März 1953 Bundestag ratifiziert deutsch-israelisches Wiedergutmachungsabkommen

Der Bundestag stimmt dem sogenannten Luxemburger Abkommen zu. Das Übereinkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Israel sowie der Jewish Claims Conference (JCC) ebnet den Weg für deutsche Wiedergutmachungsleistungen an den Staat Israel.

18. März 1970 Deutscher Bundestag setzt erstmalig Enquete-Kommission ein

Die Kommission "Auswärtige Kulturpolitik" hat den Auftrag, Empfehlungen für eine bessere kulturelle Repräsentation der Bundesrepublik Deutschland im Ausland zu erarbeiten.

18. März 1976 Deutscher Bundestag beschließt Mitbestimmungsgesetz der Arbeitnehmer

Das Gesetz gilt in Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten. Es sichert den Arbeitnehmern mehr Mitspracherecht in den Unternehmen zu.

18. März 1990 Erste und zugleich letzte freie Wahl zur Volkskammer der DDR

Bei den ersten und einzigen freien Volkskammerwahlen erhält die konservative "Allianz für Deutschland" aus CDU, DSU und DA mit 48,15 Prozent die meisten Stimmen. Die Wahlbeteiligung liegt bei 93,38 Prozent.

19. März 1953 Erstmals Fernsehaufnahmen von Bundestagsdebatte

Zur Abstimmung über den Vertrag über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) finden im Plenum des Bundeshauses erstmals Filmaufnahmen statt, die am darauffolgenden Tag gesendet werden.

20. März 2014 Deutscher Bundestag setzt Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre ein

Der Ausschuss hat unter anderem den Auftrag, das Ausmaß der Ausspähungen durch die Geheimdienste der USA aufzuklären.

21. März 1871 Konstituierung des ersten Deutschen Reichstages

Nach der Wahl zum Reichstag am 3. März 1871 tritt dieser im Weißen Saal des Berliner Stadtschlosses zum ersten Mal zusammen.

21. März 1929 Reichstag ratifiziert das Genfer Protokoll

Das Genfer Protokoll von 1925 verbietet den Einsatz von chemischen und biologischen Waffen. Chemische Kampfgasstoffe waren im Ersten Weltkrieg als Waffen verwendet worden.

21. März 1971 Ausstellung "Fragen an die deutsche Geschichte" eröffnet

Zum 100. Jahrestag der ersten Reichstagssitzung eröffnet im Reichstagsgebäude die spätere Dauerausstellung.

22. März 1974 Deutscher Bundestag setzt Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre herab

Zuvor war die Volljährigkeit erst mit dem 21. Geburtstag erreicht worden. Die Regelung tritt zum 1. Januar 1975 in Kraft.

22. März 1918 Erster Weltkrieg: Reichstag ratifiziert Friedensvertrag von Brest-Litowsk

Der zwischen den Mittelmächten und Sowjetrussland geschlossene Vertrag legt den Ausstieg Russlands aus dem Krieg fest. Damit sind die militärischen Auseinandersetzungen des Ersten Weltkriegs in Osteuropa beendet.

23. März 1903 Reichstag verabschiedet Kinderschutzgesetz

Es verbietet die Arbeit von Kindern unter zwölf Jahren in allen gewerblichen Betrieben.

23. März 1933 Reichstag billigt "Ermächtigungsgesetz"

Gegen den Protest der SPD-Fraktion verabschiedet das Parlament das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich". Damit entledigt sich der Reichstag selbst seiner legislativen Kernfunktion und wird somit zum Scheinparlament.

23. März 2000 Mauermahnmal im Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses aufgestellt

Das Gestaltungskonzept beruht auf dem Entwurf des Künstlers Ben Wagin und des Architekten Stephan Braunfels. Die Mauerfragmente folgen dem Originalverlauf der Berliner Mauer.

24. März 1922 Deutscher Reichstag beschließt Vermögensteuer

Der Reichstag beschließt die Erhöhung verschiedener Steuern. Neu eingeführt werden die Vermögenssteuer und die Vermögenszusatzsteuer.

24. März 1966 Deutscher Bundestag debattiert über Jagdbomber "Starfighter"

Hintergrund der Debatte sind tödliche Abstürze von Piloten der Bundeswehr sowie technische und materielle Mängel der Kampfiets.

24. März 2011 Deutscher Bundestag setzt Wehrpflicht aus

Mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen verabschiedet der Bundestag das Wehrrechtsänderungsgesetz. Damit wird die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt und zugleich ein freiwilliger Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten geschaffen.

25. März 1953 Deutscher Bundestag verabschiedet Bundesvertriebenengesetz

Das Gesetz regelt bundesweit einheitlich die Eingliederung von Vertriebenen und Flüchtlingen aus den früheren deutschen Ostgebieten und der DDR.

25. März 2020 Sitzungswoche erstmals auf einen Tag verkürzt

In Folge der weltweiten Covid-19 Pandemie wird die Sitzungswoche des Deutschen Bundestages erstmalig auf einen Tag verkürzt. Als Schutzmaßnahme sitzen die Abgeordneten während der Plenarsitzung mit einem Sicherheitsabstand voneinander entfernt. Die Urnen für die namentliche Abstimmung werden in der Lobby aufgestellt und die Abstimmung findet im Zeitraum einer Stunde statt, um eine Traubenbildung vor den Urnen zu verhindern. Der Bundestag verabschiedet unter anderem ein Hilfspaket von rund 122,5 Milliarden Euro, um die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie einzudämmen.

26. März 1998 Deutscher Bundestag stimmt für NATO-Osterweiterung

Mit 555 gegen 37 Stimmen bei 30 Enthaltungen stimmt der Bundestag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zu.

27. März 1968 Altersentschädigung für Abgeordnete

Das reformierte Diätengesetz regelt die Einführung der Altersentschädigung für Bundestagsabgeordnete. Sie soll die finanzielle Unabhängigkeit der Parlamentarier im Rentenalter sichern, indem sie die fehlenden Einzahlungen von Abgeordneten, die ihren eigentlichen Beruf nicht ausüben können, kompensiert.

28. März 2019 Deutsch-Französische Versammlung konstituiert sich

50 Abgeordnete des Deutschen Bundestages und 50 Abgeordnete der französischen Assemblée nationale kommen in Paris zur konstituierenden Sitzung der Deutsch-Französischen Versammlung zusammen. Das weltweit einmalige binationale "Mini-Parlament" gibt der parlamentarischen Zusammenarbeit einen neuen institutionellen Rahmen und soll zweimal im Jahr unter der Leitung der beiden Parlamentspräsidenten tagen.

28. März 1849 Frankfurter Nationalversammlung legt Paulskirchenverfassung vor

Die erste gesamt-deutsche und demokratische Verfassung Deutschlands soll die Gründung eines geeinten deutschen Nationalstaates verwirklichen und Grund- und Freiheitsrechte garantieren. Sie scheitert jedoch unter anderem daran, dass Preußens König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone ablehnt.

28. März 1950 Deutscher Bundestag verabschiedet erstes Gesetz zum sozialen Wohnungsbau

Es soll der Eindämmung der durch den Zustrom von Millionen Heimatvertriebenen entstandenen Wohnungsnot dienen. Der neu entstehende Wohnraum soll insbesondere an diese Menschen und an jene, die ihre Wohnung im Krieg verloren haben, vergeben werden.

29. März 1979 Deutsche Europaabgeordnete werden Bundestagsabgeordneten gleichgestellt

Der Bundestag billigt das "Gesetz über die Rechtsverhältnisse" der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament. Die darin getroffenen Bestimmungen stellen die Abgeordneten im Wesentlichen den Mitgliedern des Deutschen Bundestages gleich.

30. März 1995 Erstmals wird eine Frau Wehrbeauftragte

Die CDU-Abgeordnete Claire Marienfeld-Czesla wird als erste Frau zur Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages gewählt. Als "Anwältin" der damals noch nahezu ausschließlich männlichen Soldaten wacht sie über die Einhaltung ihrer Grundrechte und hilft bei der parlamentarischen Kontrolle der Streitkräfte.

31. März 1848 Frankfurter Vorparlament tagt

In der Frankfurter Paulskirche kommen zur Vorbereitung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung 574 Männer zusammen, die sich mehrheitlich als Liberale verstehen. Das sogenannte Vorparlament soll unter anderem allgemeine Volkswahlen zur Nationalversammlung durchsetzen.

31. März 1950 Deutscher Bundestag verabschiedet erstmals Gesetz über Abgeordnetendiäten

Das Gesetz trifft Regelungen über die künftigen Abgeordnetenentschädigungen. Die Parlamentarier sollen künftig 600 Mark pro Monat, sowie 30 Mark Sitzungsgeld pro Parlamentstag und monatlich 200 Mark für ihr Wahlkreisbüro bekommen.

April

1. April 1969 Abgeordnete erhalten erstmals Budget für Mitarbeiter

Zur Unterstützung bei der Erledigung parlamentarischer Arbeit können Abgeordnete Mitarbeiter einstellen und erhalten dafür ein monatliches Budget von 1.500 Mark.

1. April 2004 Deutscher Bundestag regelt Schlussverkauf neu

Der Bundestag verabschiedet das "Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb". Damit wird unter anderem der Schlussverkauf neu geregelt. Der Handel kann nun selbst entscheiden, ob und wann es Sonderverkäufe gibt.

3. April 1849 Nationalversammlung bietet preußischem König die Kaiserkrone an

32 Abgeordnete der ersten gesamtdeutschen verfassungsgebenden Nationalversammlung tragen dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die Kaiserkrone an. Dieser lehnt ab. Damit ist die Gründung eines geeinten deutschen Nationalstaates gescheitert.

3. April 1991 Gründung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) ist ein Forum für über 300 Abgeordnete aus 57 Staaten. Sie beraten Fragen der internationalen Zusammenarbeit, der Kontrolle von Wahlen und der Durchsetzung von internationalen Vorgaben in Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Demokratie und Menschenrechten.

5. April 1990 Konstituierende Sitzung der erstmals frei gewählten Volkskammer der DDR

Im Ost-Berliner "Palast der Republik" konstituiert sich die neugewählte Volkskammer und wählt Sabine Bergmann-Pohl (CDU) zur Parlamentspräsidentin. Der Vorsitzende der CDU in der DDR, Lothar de Maizière, wird mit der Regierungsbildung beauftragt.

5. April 2000 Deutscher Bundestag stimmt für Kunstwerk "Der Bevölkerung"

Der Bundestag stimmt nach kontroverser Debatte mit 260 gegen 258 Stimmen bei 31 Enthaltungen für die Installation eines Werkes des Künstlers Hans Haacke. Haacke lässt am nördlichen Lichthof im Reichstagsgebäude unter dem Titel "Der Bevölkerung" ein Blumenbeet aufschütten, für das jeder der 699 Bundestagsabgeordneten Erde aus seinem Wahlkreis nach Berlin bringen soll.

6. April 1922 Frauen als Schöffen und Geschworene zugelassen

Der Reichstag genehmigt einen Gesetzentwurf, wonach im Deutschen Reich auch Frauen als Schöffen oder Geschworene zugelassen sind.

7. April 1954 Bundesregierung und Deutscher Bundestag lehnen Anerkennung der DDR ab

Der Bundestag bekräftigt die Haltung der Bundesregierung, die am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik festhält und jeden Kontakt zum SED-Regime ablehnt.

7. April 1965 Letzte Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Berlin bis 1990

Sowjetische Düsenjäger überfliegen die Berliner Kongresshalle während der fünften und letzten Plenarsitzung des Bundestages in West-Berlin. Bis 1990 finden in West-Berlin lediglich vereinzelt Ausschuss- und Fraktionssitzungen statt.

8. April 1874 Deutscher Reichstag beschließt Reichsimpfgesetz

Das Gesetz ordnet eine verbindliche Jugendimpfung und Revakzination an. Es gilt als erstes Gesetz zur Vorbeugung von Volkskrankheiten und Seuchen.

8. April 1908 Frauen dürfen Vereinen beitreten

Der Reichstag verabschiedet das Reichsvereinsgesetz, womit Vereinsgründungen von nun an allen Bürgern ermöglicht werden sollen. Damit ist es erstmals auch Frauen erlaubt, sich (politischen) Vereinen anzuschließen.

8. April 1976 Deutscher Bundestag reformiert Eherecht

Die Abgeordneten entscheiden damit unter anderem über ein neues Namensrecht: Ehepaare können künftig selbst entscheiden, ob sie den Familiennamen des Mannes, der Frau oder einen Doppelnamen annehmen.

9. April 2014 Deutscher Bundestag beschließt Einsatz zur Vernichtung syrischer Chemiewaffen

An Bord des US-Schiffes "Cape Ray" werden unter Begleitschutz der Bundeswehr Chemie-Waffen des Assad-Regimes vernichtet. Der Einsatz ist Teil einer UN-Mission.

10. April 1938 Wahl zum "Großdeutschen Reichstag" und Volksabstimmung über "Anschluss" Österreichs

Obwohl der Anschluss Österreichs bereits im März 1938 vollzogen wurde, ordnet Reichskanzler Adolf Hitler eine Scheinwahl zum "Großdeutschen Reichstag" an, die mit einer Volksabstimmung zum Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verbunden wird.

10 April 1951 Deutscher Bundestag verabschiedet das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung

Es führt unter anderem die Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat und Vorstand von Bergbau und Eisen- und Stahlunternehmen ein.

11. April 1957 Verabschiedung des Gesetzes über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages

Zu den Aufgaben des Wehrbeauftragten gehört unter anderem, auf die Wahrung der Grundrechte der Soldaten zu achten. Der erste Wehrbeauftragte wird am 19. Februar 1959 gewählt.

12. April 1967 Erstmalige Ernennung von Parlamentarischen Staatssekretären

Dem Bundeskanzler und den Ressortministern für Auswärtiges, Inneres, Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Verteidigung, Verkehr und Post werden je ein Parlamentarischer Staatssekretär zur Seite gestellt.

12. April 1990 Erste frei gewählte Volkskammer wählt Ministerpräsidenten

Fünf Monate nach dem Fall der Mauer wählen die Volkskammer-Abgeordneten Lothar de Maizière (CDU) zum Ministerpräsidenten. Er wird erster und zugleich letzter aus freien Wahlen hervorgegangener Regierungschef der DDR und regiert in einer Koalition mit der SPD.

13. April 1919 In Baden findet die erste deutsche Volksabstimmung statt

Die vom Landtag am 21. März beschlossene neue badische Verfassung wird mit großer Mehrheit angenommen.

14. April 1871 Reichstag verabschiedet die Verfassung des Deutschen Reiches

Mit nur sieben Gegenstimmen stimmt der am 3. März erstmals in ganz Deutschland gewählte Reichstag der "Bismarckschen Reichsverfassung" zu, die unter anderem den Kaiser an die Spitze der Exekutive und des Heeres stellt. Er kann zudem den Reichstag einberufen und auflösen.

15. April 1969 Deutscher Bundestag billigt die Reform des Nichtehelichenrechts

Mit dem Gesetz werden uneheliche Kinder den ehelichen rechtlich gleichgestellt.

16. April 1867 Reichstag nimmt die Verfassung des Norddeutschen Bundes an

Die Verfassung dient als Grundlage der vier Jahre später verabschiedeten Bismarckschen Reichsverfassung.

18. April 1913 Reichstag debattiert Korruptionsskandal

Einer der ersten großen Korruptionsskandale im Deutschen Reich wird Gegenstand einer Debatte im Deutschen Reichstag. Mitarbeiter der Friedrich Krupp AG sollen Beamte des Kriegsministeriums bestochen haben.

19. April 1999 Eröffnung des umgebauten Reichstagsgebäudes in Berlin

Das vollständig erneuerte Reichstagsgebäude wird mit einer offiziellen Schlüsselübergabe an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse eröffnet.

20. April 1989 Deutscher Bundestag beschließt Neuordnung der Post

Mit der Reform wird die Post in drei öffentliche Unternehmen aufgegliedert: Postdienst, Postbank und Telekom. Politisch-hoheitliche Aufgaben bleiben beim Bundesministerium für Post und Telekommunikation angesiedelt.

23. April 1976 Palast der Republik wird eingeweiht

Auf dem Platz des ehemaligen Berliner Stadtschlosses in Ost-Berlin wird der "Palast der Republik" eingeweiht. Das Gebäude ist unter anderem als künftiger Sitz der Volkskammer der DDR vorgesehen.

23. April 1998 Deutscher Bundestag stimmt mit großer Mehrheit für Europäische Währungsunion

Durch den Beitritt zur Währungsunion wird am 1. Januar 1999 der Euro eingeführt. 2002 beginnt in allen Ländern der Europäischen Währungsunion die Nutzung des Euros als Bargeld.

24. April 1997 Václav Havel spricht vor dem Bundestag

Der tschechische Präsident betont in seiner Rede vor den Abgeordneten die Vereinbarkeit von Patriotismus mit einem vereinten Europa.

24. April 2001 Montage der Fußgängerbrücken zwischen Paul-Löbe-Haus und Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Die doppelstöckige Brücke verbindet die beiden Häuser über der Spree und ist ein Symbol für die Wiedervereinigung des ehemals geteilten Ost- und Westberlins.

24. April 2008 Deutscher Bundestag stimmt Vertrag von Lissabon zu

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags stimmen mit Mehrheit dem Vertrag von Lissabon zu. Durch den Vertrag sollen unter anderem Entscheidungen innerhalb der EU effizienter, demokratischer und transparenter werden.

25. April 1985 "Auschwitz-Lüge" wird strafbar

Mit der Verabschiedung des 21. Strafänderungsgesetzes steht die Leugnung von NS-Gewalttaten künftig als Beleidigung unter Strafe.

25. April 1991 Deutscher Bundestag ratifiziert Verträge mit der UdSSR

Der "Vertrag über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit" umfasst Wirtschaft, Industrie, Wissenschaft, Technik, Arbeits- und Sozialwesen, Umweltschutz, Kultur, Medien, Rechtshilfe und Denkmal- und Kriegsgräberpflege. Beide Staaten verpflichten sich, die Grenzen Europas als unverletzlich anzuerkennen.

25. April 2002 Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof

Die Abgeordneten stimmen dem Gesetz zur Ausführung des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofes vom 17. Juli 1998 zu. Das ständige Strafgericht hat seinen Sitz im niederländischen Den Haag und nimmt am 1. Juli 2002 seine Tätigkeit auf.

26. April 1967 Deutscher Bundestag verabschiedet Mehrwertsteuergesetz

Erstmals wird mit dem Gesetz ab dem 1. Januar 1968 in der Bundesrepublik Deutschland eine Mehrwertsteuer eingeführt. Sie beträgt 10 Prozent, ist aber für bestimmte Produkte wie Nahrungsmitteloder Druckerzeugnisse auf 5 Prozent ermäßigt.

27. April 1972 Erstes Konstruktives Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag

Das von der oppositionellen CDU/CSU-Fraktion eingebrachte Misstrauensvotum gegen die Regierung von Willy Brandt (SPD) erhält keine Mehrheit.

28. April 1995 Polnischer Außenminister Władysław Bartoszewski spricht vor dem Bundestag

In einer gemeinsamen Gedenkstunde erinnern Bundesrat und Deutscher Bundestag an das Kriegsende vor 50 Jahren. Hauptredner ist der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski.

29. April 1945 Reichstagsgebäude unter Beschuss

Die Rote Armee nimmt in der Endphase des Kampfes um Berlin das symbolträchtige Reichstagsgebäude unter heftigen Artilleriebeschuss. Die sowjetischen Soldaten nehmen in den folgenden Tagen das Gebäude ein.

29. April 2004 Deutscher Bundestag verabschiedet Gesetz zur Rentenbesteuerung

Das Gesetz sieht eine Besteuerung von 27 bis 35 Prozent je nach Alter des Bezugsberechtigten vor und wird bis 2040 schrittweise eingeführt.

30. April 1968 Sondersitzung zu Studentenunruhen

Die Abgeordneten debattieren über mögliche Ursachen und Konsequenzen der so genannten Osterunruhen, bei denen es zu Straßenschlachten von Studenten mit der Polizei gekommen war.

30. April 1990 Deutscher Bundestag und Volkskammer nehmen erstmals offizielle Beziehungen auf

Die Präsidien des Bundestages und der DDR-Volkskammer vereinbaren eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Parlamenten. Mit dem Zusammentreffen der Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl und der Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth nehmen der Bundestag und die Volkskammer erstmals offizielle Beziehungen auf.

Mai

1. Mai 1848 Erste allgemeine und gleiche Wahlen zur Preußischen Nationalversammlung

In zwei Wahlgängen wird unter Anwendung eines für die Zeit ungewöhnlich demokratischen Wahlrechts in 402 Wahlkreisen gewählt. Etwa 95 Prozent der männlichen Bevölkerung ab dem vollendeten 24. Lebensjahr sind wahlberechtigt. Zeitgleich findet in Preußen die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung in Frankfurt statt.

2. Mai 1945 Reichstagsbibliothek zu Berlin brennt

In der Nacht vom 2. auf den 3. Mai wird die zu Kriegsbeginn ausgelagerte Reichstagsbibliothek in der Weinmeisterstraße im Zuge von Straßenkämpfen von Granaten getroffen und brennt vollständig aus. Von den ca. 410 000 Büchern bleiben nur die rund 8000 Bände erhalten, die sich zu der Zeit im Keller des Gebäudes befinden.

3. Mai 1877 Reichspatentgesetz verabschiedet

Der Reichstag verabschiedet ein Patentgesetz, das der Industrialisierung Rechnung trägt und den gesetzlichen Erfinderschutz begründet.

3. Mai 1957 Deutscher Bundestag beschließt das Gleichberechtigungsgesetz

Mit dem "Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts" werden unter anderem der Alleinvertretungsanspruch des Ehemannes bei der Vertretung gemeinsamer Kinder und sein Letztentscheidungsrecht in Eheangelegenheiten aufgehoben.

4. Mai 1961 Deutscher Bundestag verabschiedet Bundessozialhilfegesetz

Das Bundessozialhilfegesetz löst die alte Fürsorgeregelung von 1924 ab und schafft einen Rechtsanspruch auf Sozialhilfe.

6. Mai 1926 Reichstag lehnt Gesetzentwurf zur Fürstenenteignung ab

Nach einem erfolgreichen Volksentscheid zur Fürstenenteignung, der von SPD und KPD eingebracht worden war, lehnt der Reichstag den entsprechenden Gesetzentwurf mit 236 zu 142 Stimmen ab. Mehrere Gerichte hatten den Fürsten zuvor ein Recht auf Entschädigung für die Beschlagnahme ihrer Besitztümer während der Novemberrevolution 1918 / 19 zugesprochen.

6. Mai 1976 Deutscher Bundestag regelt § 218 neu

Nach fast zweijähriger kontroverser parlamentarischer Beratung im Bundestag und Bundesrat stimmt der Bundestag mit den Stimmen von SPD und FDP mehrheitlich für die "erweiterte Indikationslösung". Danach bleibt es bei einem grundsätzlichen Verbot des Schwangerschaftsabbruchs, jedoch wird unter bestimmten Voraussetzungen von einer Bestrafung der Schwangeren abgesehen.

7. Mai 2015 Deutscher Bundestag bekräftigt Existenzrecht Israels

Anlässlich des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wird die Bundesregierung aufgefordert, sich weiterhin für die Existenz des Staates Israels einzusetzen sowie die "herausragenden Beziehungen und politischen Verbindungen" beizubehalten und zu vertiefen.

8. Mai 1949 Verabschiedung des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat

Mit 53 gegen 12 Stimmen beschließen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates das Grundgesetz, das als vorläufige Verfassung für den westdeutschen Teilstaat gilt. Es wird vier Tage später mit Vorbehalten von den alliierten Militärgouverneuren genehmigt.

8. Mai 1901 Reichstag ermöglicht Abgeordnetendiäten

Der Reichstag beschließt mit einer entsprechenden Verfassungsänderung, Anwesenheitsgelder für Abgeordnete einzuführen. Zudem können die Parlamentarier sämtliche deutsche Eisenbahnen kostenfrei nutzen.

8. Mai 1985 Bundespräsident von Weizsäcker erinnert an Kriegsende

40 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges spricht Bundespräsident Richard von Weizsäcker in einer Gedenkstunde im Deutschen Bundestag vom 8. Mai 1945 als "Tag der Befreiung". Zugleich mahnt er, "dass es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben" könne.

10. Mai 1949 Parlamentarischer Rat stimmt für Bonn als Sitz von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat In geheimer Abstimmung stimmen die Mitglieder des Parlamentarischen Rates mit 33 zu 29 Stim-

men für Bonn als provisorische Bundeshauptstadt und entscheiden sich damit gegen Frankfurt am Main. Der Bundestag folgt dem Beschluss am 3. November 1949 mit 200 zu 179 Stimmen.

10. Mai 1949 Parlamentarischer Rat verabschiedet Wahlgesetz

Mit dem "Wahlgesetz zum ersten Bundestag und zur ersten Bundesversammlung der Bundesrepublik Deutschland" schafft der Parlamentarische Rat die Grundlage für freie Wahlen im Westteil Deutschlands. Es enthält unter anderem Regelungen über das passive und aktive Wahlrecht, den Wahlmodus, die Zahl der Abgeordneten und über den Wahltermin.

10. Mai 1967 Deutscher Bundestag beschließt das Stabilitätsgesetz

Der Bundestag beschließt das "Gesetz zur Förderung der Stabilität des Wachstums der Wirtschaft". Es verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden, Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht sowie stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum anzustreben.

10. Mai 1990 Einsetzung eines Ausschusses "Deutsche Einheit"

Der Bundestag beschließt die Einsetzung eines Ausschusses, der den deutsch-deutschen Einigungsprozess parlamentarisch begleiten soll. Zeitgleich mit der Konstituierung des Ausschusses am nächsten Tag benennt sich der in der DDR-Volkskammer bereits bestehende "Koordinierungsausschuss für Deutsche Einheit" um, sodass beide Ausschüsse nun gleichnamig sind.

11. Mai 1973 Deutscher Bundestag ratifiziert Grundlagenvertrag mit DDR

In dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik verpflichten sich beide Teilstaaten unter anderem, die bestehenden Grenzen zu respektieren. Zudem wird die Einrichtung Ständiger Vertretungen ermöglicht.

11. Mai 1973 Bundesrepublik tritt den Vereinten Nationen bei

Der Deutsche Bundestag stimmt für den im Grundlagenvertrag mit der DDR vereinbarten Beitritt beider deutscher Staaten. Am 18. September 1973 werden die Bundesrepublik Deutschland als 133. und die DDR als 134. Mitgliedsstaat in die Vereinten Nationen aufgenommen.

12. Mai 1919 Sondersitzung der Nationalversammlung zum Versailler Vertrag

Die in der Neuen Aula der Berliner Universität zusammengekommenen Abgeordneten sprechen sich einmütig gegen die Bestimmungen des in der Pariser Friedenskonferenz beschlossenen Vertrages aus. Insbesondere die Zuweisung der alleinigen Kriegsschuld am Ersten Weltkrieg sowie die entsprechenden Reparationszahlungen stoßen auf Protest.

12. Mai 1953 Vitrine im Plenarsaal veranschaulicht Unterversorgung in der DDR

Im Plenarsaal des Bonner Bundeshauses wird eine Vitrine aufgestellt. Sie zeigt eine Wochenration der Lebensmittel für einen Bürger in der DDR. In einem Zeitungsbericht hierzu heißt es: "Erst wenn man die wöchentlichen Lebensmittelrationen für einen Bewohner der Sowjetzone vor sich sieht, weiß man, wie wenig er zu essen hat."

12. Mai 1998 Erster Spatenstich für Marie-Elisabeth-Lüders-Haus

Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth setzt den ersten Spatenstich für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus, das östlich der Spree den Abschluss des "Bandes des Bundes" bilden soll.

12. Mai 2005 Deutscher Bundestag beschließt Gesetz über eine Verfassung für Europa

Mit großer Mehrheit stimmt der Bundestag der Ratifizierung des Vertrages über eine Verfassung für Europa zu. Entsprechende Referenden in Frankreich und den Niederlanden scheitern jedoch, sodass das Vertragswerk nicht in Kraft tritt.

14. Mai 1986 Vierstündige Debatte über Tschernobyl und die Folgen

Nachdem am 26. April 1986 in dem ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl einer von vier Reaktoren explodiert war, debattieren die Abgeordneten im Deutschen Bundestag über die zu ziehenden Konsequenzen in Deutschland.

14. Mai 1991 Erste Arbeitssitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Reichstagsgebäude

Nach der ersten gesamtdeutschen Parlamentswahl am 2. Dezember 1990 kommt der Deutsche Bundestag erstmals zu einer Arbeitssitzung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen.

16. Mai 1963 Deutscher Bundestag ratifiziert Elysée-Vertrag

Im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag wird eine weitreichende politische, kulturelle und wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart.

17. Mai 1972 Deutscher Bundestag verabschiedet Ostverträge

Der Bundestag billigt die mit der Sowjetunion und Polen geschlossenen Verträge, nachdem die UdSSR zuvor unter anderem der Forderung nach Anerkennung der Europäischen Gemeinschaft nachgegeben hatte.

18. Mai 1848 Verfassunggebende Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche

Nachdem es erstmals in den deutschen Staaten auf der Grundlage eines allgemeinen Männerwahlrechts freie Wahlen gegeben hatte, treten die neu gewählten 586 Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche zur Verfassunggebenden Nationalversammlung zusammen.

18. Mai 1949 Billigung des Grundgesetzes durch die westdeutschen Landtage

Die Landtage in Baden und Württemberg-Baden votieren für das Grundgesetz und markieren so den Beginn der Abstimmungsrunde. Bis zum 21. Mai stimmen bis auf den Bayerischen Landtag alle westdeutschen Volksvertretungen der Länder zu, sodass die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit der Bundesländer erreicht ist.

19. Mai 1848 Nationalversammlung wählt ersten Präsidenten

Die Abgeordneten wählen den liberalen Politiker Heinrich von Gagern mit 305 von 397 Stimmen zum Präsidenten der Frankfurter Nationalversammlung. Diese kommt in der Paulskirche zusammen, um die erste gesamtdeutsche und demokratische Verfassung zu beraten und zu beschließen.

20. Mai 1992 Freundschaftsverträge mit der ČSFR und Ungarn

Im Reichstagsgebäude ratifiziert der Bundestag die Freundschaftsverträge, die Bundeskanzler Helmut Kohl am 6. bzw. am 27. Februar 1992 mit dem ungarischen Ministerpräsidenten József Antall und dem Staatspräsidenten der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, Václav Havel, unterzeichnet hatten.

21. Mai 1878 Reichstag verabschiedet Arbeiterschutz-Novelle

Die Novelle beinhaltet unter anderem die Einführung der obligatorischen Fabrikaufsicht durch staatliche Fabrikinspektoren und schafft Kinderarbeit mit Ausnahme der Bereiche Landwirtschaft und Heimarbeit weitgehend ab.

21. Mai 2010 Deutscher Bundestag beschließt den Euro-Rettungsschirm

Mit 319 zu 73 Stimmen stimmt der Bundestag in namentlicher Abstimmung dem Koalitionsentwurf zur Stabilisierung des Euros zu. Die Linke hatte den Entwurf von Anfang an abgelehnt, SPD und Bündnis 90 / Die Grünen kündigten zuvor ihre Enthaltung an.

22. Mai 1996 Nelson Mandela spricht vor dem Deutschen Bundestag

Der südafrikanische Präsident und Friedensnobelpreisträger dankt den Deutschen in seiner Rede vor dem Bundestag in Bonn für ihre Solidarität im Kampf gegen die Apartheid und die Rassentrennung in seinem Land.

23. Mai 1949 Grundgesetz verkündet

Der Parlamentarische Rat verkündet in einer feierlichen Sitzung das für die drei Westzonen geltende Grundgesetz, nachdem die Länderparlamente zuvor die Annahme beschlossen und die alliierten Militärgouverneure es genehmigt hatten.

23. Mai 1990 Erste gemeinsame Sitzung der Ausschüsse "Deutsche Einheit"

Die für die parlamentarische Begleitung des Einigungsprozesses eingerichteten Ausschüsse "Deutsche Einheit" der Volkskammer der DDR und des Deutschen Bundestages kommen zu ihrer ersten gemeinsamen Sitzung in Bonn zusammen.

23. Mai 1994 Erste gesamtdeutsche Bundesversammlung wählt Roman Herzog zum Bundespräsidenten

Nach der Wiedervereinigung kommt die erste gesamtdeutsche Bundesversammlung im Reichstagsgebäude zusammen und wählt den ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Roman Herzog zum Bundespräsidenten.

23. Mai 2002 George W. Bush spricht vor Deutschem Bundestag

Der Präsident der Vereinigten Staaten spricht vom gemeinsamen Erbe der Alten und Neuen Welt und betont die Magna Charta als Kanon der gemeinsamen Werte der Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

24. Mai 1889 Reichstag beschließt Invaliditäts- und Altersversicherung

Mit der Annahme des "Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung" legt der Reichstag den Grundstein der deutschen Sozialversicherungsgesetzgebung. Als Teil der Bismarckschen Sozialgesetzgebung sichert sie unter anderem Arbeitern erstmals eine Altersrente zu.

24. Mai 1960 Deutscher Bundestag beschließt Wohnungsbau-Gesetz

Das gegen die Stimmen der SPD verabschiedete Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht erlaubt es nun auch Vermietern von Altbauwohnungen, ihre Mietforderungen bis zu einem Höchstsatz von 25 Prozent zu erhöhen. Damit soll die Vermietung von Altbauwohnungen rentabler werden.

26. Mai 1911 Reichstag verabschiedet Verfassung und Wahlgesetz für Elsass-Lothringen

Mit Inkrafttreten der Verfassung und des Wahlgesetzes erhält Elsass-Lothringen in wesentlichen Punkten den gleichen Status wie die übrigen deutschen Bundesstaaten. Bis zu diesem Zeitpunkt ist es trotz eigenständiger Verwaltung als Reichsland direkt dem Kaiser unterstellt und weder im Reichstag noch im Bundesrat vertreten.

26. Mai 1993 Deutscher Bundestag beschließt Neuregelung des Asylrechts

Der Bundestag stimmt Einschränkungen im Asylverfahren zu, nachdem die Zahl der Asylsuchenden im Zuge des Balkankonfliktes sprunghaft angestiegen war. Unter anderem hält das Konzept der sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten Einzug in die Verfassung.

27. Mai 1993 Solidarpakt beschlossen

Um die Folgen der Wiedervereinigung zu bewältigen, beschließt der Bundestag, den neuen Bundesländern im Rahmen des Länderfinanzausgleiches zusätzliche Mittel zuzuweisen. Jährlich sollen von 1995 an mehr als 100 Millionen Mark vom Westen in den Osten fließen.

30. Mai 1911 Reichstag beschließt Reichsversicherungsordnung

Die von Bismarck initiierten Sozialgesetze werden durch die Reichsversicherungsordnung erheblich erweitert. Das Regelwerk umfasst die Arbeiterkrankenversicherung, das Unfallversicherungsrecht sowie das Invaliditäts- und Altersversicherungsrecht.

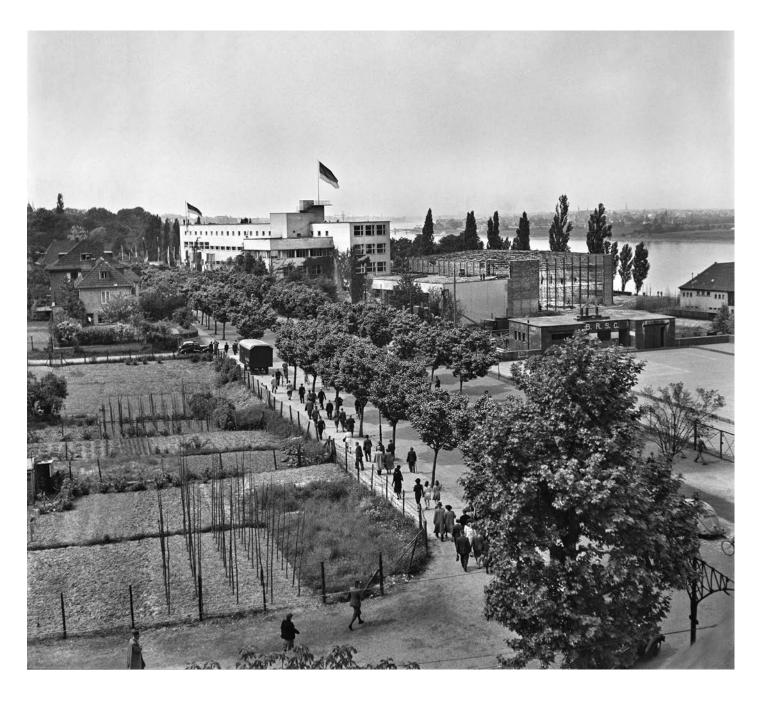
30. Mai 1968 Deutscher Bundestag beschließt Notstandsverfassung

Die Grundgesetzänderungen regeln den inneren und äußeren Notstand sowie den Verteidigung-, Spannungs- und Katastrophenfall.

31. Mai 1883 Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung

Der Reichstag verabschiedet die Krankenversicherung für Arbeiter, dem ersten Teil der von Reichskanzler Otto von Bismarck initiierten Sozialgesetzgebung. Durch das Gesetz "betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter" vom 15. Juni wird die gesetzliche Krankenversicherung im deutschen Kaiserreich eingeführt.

31. Mai 2005 Moshe Katsav, ehemaliger israelischer Staatspräsident, spricht vor dem Deutschen Bundestag Anlässlich des 40. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Deutschlands zum Staat Israel spricht Staatspräsident Moshe Katsav vor den Mitgliedern von Bundestag und Bundesrat.



Blick auf das Bundeshaus in der provisorischen Bundeshauptstadt Bonn. Rechts die Baustelle des neuen Plenarsaals nach den Plänen des Architekten Hans Schwippert.



Baustelle des neuen Plenarsaals. Der schlichte Bau mit den großflächigen Glasfronten ist ein bewusstes Gegenbild zur Architektur des NS-Regimes und wird binnen weniger Monate errichtet.

1. Juni 1973 Renovierung des Reichstagsgebäudes beendet

Das einst kriegszerstörte und seit 1961 schrittweise renovierte Reichstagsgebäude wird nach dem Ende der letzten Innenausbauten dem Bundestag übergeben.

2. Juni 2017 Dienstältester Abgeordneter wird künftig Alterspräsident

Der Deutsche Bundestag beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung: Alterspräsident wird künftig nicht mehr der nach Lebensjahren Älteste, sondern der dienstälteste Abgeordnete. Der Alterspräsident eröffnet die konstituierende Sitzung eines neu gewählten Bundestages.

2. Juni 1953 Nur noch würdevolle Veranstaltungen im Parlament gestattet

Das Bundestagspräsidium fasst den Beschluss, für das Bonner Bundeshaus nur noch Veranstaltungen zu genehmigen, die der Würde des Hauses entsprechen. Zuvor hatte es eine Herrenmodenschau gegeben, die als "Entweihung" des Hauses bezeichnet wurde und Proteste hervorrief.

3. Juni 1953 Deutscher Bundestag beschließt erstmals Gesetz über den Länderfinanzausgleich

Die Abgeordneten votieren für eine Regelung, nach der die wohlhabenderen Bundesländer 1953 und 1954 Ausgleichszahlungen an die übrigen Länder entrichten müssen. Damit wird das seit 1950 geltende Prinzip erstmals gesetzlich geregelt.

5. Juni 1964 Deutscher Bundestag ratifiziert Moskauer Atomteststoppabkommen

Der Vertrag zur Einstellung der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser soll die nukleare Abrüstung einleiten.

5. Juni 1987 Deutscher Bundestag beschließt Neubau des Bonner Plenarsaales

Mit großer Mehrheit stimmen die Abgeordneten für einen Neubau des Bonner Plenarsaales und entscheiden sich zudem für eine kreisrunde Anordnung der Sitzplätze.

6. Juni 1920 Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik

Bei den ersten Reichstagswahlen der Weimarer Republik müssen die Parteien der "Weimarer Koalition" (SPD, DDP und Zentrum) erhebliche Verluste hinnehmen. Gewinne erzielen die DNVP, die DVP und die USPD.

6. Juni 1986 Erste Einsetzung eines Umweltausschusses

Nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April 1986 hat die Bundesregierung am 3. Juni 1986 ein Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eingerichtet. Parallel hierzu setzt der Bundestag einen zusätzlichen Ständigen Ausschuss ein.

6. Juni 2018 Neues parlamentarisches Format: Abgeordnete befragen Kanzlerin im Plenum

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages befragen eine Stunde lang erstmals die Bundeskanzlerin zu aktuellen Themen der Regierungspolitik im Rahmen der regulären Fragestunde des Parlaments. Je Frage und Antwort sind eine Minute vorgesehen.

7. Juni 1991 Verabschiedung des ersten gesamtdeutschen Bundeshaushalts

Nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen im Dezember 1990 hatte die Regierungskoalition im Februar 1991 einen Haushaltsentwurf für 1991 beschlossen und im März an den Bundestag übersandt.

9. Juni 1884 Kaiser Wilhelm I. legt Grundstein für Reichstagsgebäude

Der nach Plänen des Frankfurter Architekten Paul Wallot errichtete Bau wird zehn Jahre später fertig gestellt.

9. Juni 1972 Bundestag setzt Wahlalter herab

Die Abgeordneten stimmen für die Änderung des Bundeswahlgesetzes, mit der unter anderem geregelt wird, dass das aktive Wahlrecht nun ab dem 18. Lebensjahr ausgeübt werden kann. Wählbar ist man ab dem 21. Lebensjahr (passives Wahlrecht).

9. Juni 1982 Ansprache des Präsidenten der Vereinigten Staaten Ronald Reagan vor dem Bundestag

Der amerikanische Präsident bekräftigt unter anderem das Engagement seines Landes für Europa: "Ihre Küsten sind unsere Küsten."

10. Juni 1953 Deutscher Bundestag schafft Kanzelparagraph ab

Der Kanzelparagraph von 1871 hatte als Teil des Strafgesetzbuchs "politische, den öffentlichen Frieden gefährdende Äußerungen von Geistlichen" unter Strafe gestellt.

10. Juni 1976 Deutscher Bundestag verabschiedet erstmals Datenschutzgesetz

Das neue Gesetz regelt unter anderem den Umgang mit personenbezogenen Daten.

11. Juni 1999 Kosovo-Einsatz der Bundeswehr

Nachdem sich der UN-Sicherheitsrat auf eine Kosovo-Resolution geeinigt hat, stimmen die Abgeordneten mit großer Mehrheit für eine Beteiligung der Bundeswehr an der KFOR (Kosovo Force). Es ist der erste Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit dem Zweiten Weltkrieg.

12. Juni 1969 Deutscher Bundestag beschließt Lohnfortzahlung im Krankheitsfall

Die Arbeitgeber werden verpflichtet, den Arbeitern (ebenso wie bisher den Angestellten) den vollen Bruttolohnausgleich während der ersten sechs Krankheitswochen zu zahlen. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1970 in Kraft.

13. Juni 1868 Norddeutscher Reichstag in Berlin führt metrisches System ein

Nach einer lebhaften Debatte werden mit der "Norddeutschen Maß- und Gewichtsordnung" die Maße und Gewichte auf dem Gebiet des Norddeutschen Bundes vereinheitlicht.

13. Juni 2007 Deutscher Bundestag beschließt Sonderrente für Stasi-Opfer

Anspruchsberechtigt sind politisch Verfolgte, die in der DDR mindestens sechs Monate im Gefängnis saßen und finanziell bedürftig sind.

15. Juni 1950 Deutscher Bundestag stimmt für Beitritt zum Europarat

Der Europarat wurde am 5. Mai 1949 gegründet und ist die erste Organisation europäischer Staaten. Er dient der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts.

17. Juni 1948 Platz vor Reichstagsgebäude wird wieder "Platz der Republik"

Der ursprünglich "Königsplatz" genannte Exerzierplatz war in der Weimarer Republik zum "Platz der Republik" geworden. Seit 1933 hieß er wieder "Königsplatz". Nun erhält er erneut seinen republikanischen Namen.

17. Juni 1990 Gemeinsames Gedenken an DDR-Volksaufstand

Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Volkskammer gedenken in Ost-Berlin erstmals gemeinsam des Aufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953. Hauptredner ist Konsistorialpräsident Manfred Stolpe.

18. Juni 1970 Deutscher Bundestag senkt Wahlalter auf 18 Jahre

Die Abgeordneten stimmen dafür, das aktive Wahlalter auf 18 Jahre zu senken. Zuvor konnten Wahlberechtigte mit 21 Jahren wählen. Das passive Wahlalter wird vom 25. auf das 21. Lebensjahr herabgesetzt.

18. Juni 1974 Deutscher Bundestag verbietet TV-Werbung für Tabak

Der Bundestag beschließt einstimmig eine umfassende Reform des Lebensmittelrechtes, das die Verbraucher vor Täuschungen und gesundheitlichen Schäden schützen soll. So darf unter anderem für Tabakwaren künftig keine Rundfunk- und TV-Werbung mehr gesendet werden.

19. Juni 1988 Michael Jackson vor dem Reichstagsgebäude

Der US-Popstar gibt auf dem Platz der Republik vor rund 40.000 Besuchern ein Konzert. Im Ostteil der Stadt kommt es zu Rangeleien zwischen der Volkspolizei und Jugendlichen, die sich in der Nähe der Mauer versammelt hatten, um akustisch an dem Konzert teilzuhaben.

20. Juni 1991 Berlin wird zum Parlaments- und Regierungssitz

Nach einer ganztägigen Debatte, an der sich über 100 Redner beteiligen, spricht sich der Bundestag mit 338 gegen 320 Stimmen für Berlin als künftigen Sitz von Parlament und Regierung aus.

21. Juni 1990 Deutscher Bundestag und Volkskammer der DDR beschließen Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Die beiden Parlamente ratifizieren am selben Tag den deutsch-deutschen Staatsvertrag und stimmen so der Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zu. Darüber hinaus wird eine gleichlautende Resolution zur endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze beschlossen.

22. Juni 1978 Sommerzeit eingeführt

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages stimmen für ein neues Zeitgesetz, mit dem unter anderem die Sommerzeit eingeführt wird. Im März wird die Uhr eine Stunde vor und im Oktober wieder zurückgestellt.

23. Juni 1919 Weimarer Nationalversammlung billigt Versailler Friedensvertrag

Das Deutsche Reich erkennt seine Kriegsschuld an und verpflichtet sich zu erheblichen Reparationszahlungen.

24. Juni 1976 Deutscher Bundestag verabschiedet Anti-Terror-Gesetz

Mit dem Gesetz wird unter anderem die Bildung terroristischer Vereinigungen als neuer Straftatbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

24. Juni 1995 Reichstagsgebäude verhüllt

Die letzte Stoffbahn der rund 100.000 Quadratmeter großen Hülle wird an dem Gebäude befestigt. In den kommenden Wochen kommen rund fünf Millionen Besucher, um das Werk des Künstlerpaars Christo und Jeanne-Claude zu sehen.

25. Juni 1920 Reichstag wählt Paul Löbe zum ersten Präsidenten

Der Reichstag wählt den SPD-Politiker Paul Löbe zum ersten Präsidenten des Reichstages der Weimarer Republik.

25. Juni 1953 Deutscher Bundestag führt Zweitstimme ein

Das neue Wahlgesetz regelt, dass künftig mit der Erststimme ein Kandidat aus dem Wahlkreis direkt gewählt wird. Mit der Zweitstimme votieren die Wähler für eine der angetretenen Parteien. Zudem gilt nun die Fünf-Prozent-Sperrklausel bundesweit.

25. Juni 1997 Deutscher Bundestag billigt Transplantationsgesetz

Die Abgeordneten stimmen für ein Transplantationsgesetz, das unter anderem vorsieht, Organentnahmen bei hirntoten Menschen künftig auch ohne deren vorherige Einwilligung möglich zu machen. Es reicht die Zustimmung eines Angehörigen, sofern diese nicht dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen zuwiderläuft.

25. Juni 1999 Deutscher Bundestag beschließt Holocaust-Mahnmal in Berlin

Der Bundestag beschließt, den Stelenfeld-Entwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman als Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin zu realisieren.

26. Juni 1992 Strafrechtsänderung § 218

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages debattieren rund 14 Stunden über die Neuregelung zum Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch. Schließlich votieren 356 von insgesamt 662 Parlamentarier für eine Fristenlösung mit Beratungspflicht.

27. Juni 1884 Reichstag begründet gesetzliche Unfallversicherung

Das erlassene Unfallversicherungsgesetz verpflichtet Unternehmer, Berufsgenossenschaften zu bilden, zu finanzieren und sich so von einer Haftung bei Betriebsunfällen freizustellen.

27. Juni 2000 Jacques Chirac spricht vor dem Deutschen Bundestag

Der französische Staatspräsident hält als erster amtierender Staatschef eine Rede vor den Abgeordneten im neu gestalteten Reichstagsgebäude.

28. Juni 1961 Deutscher Bundestag beschließt Erschwerung der Ehescheidung

Der Bundestag beschließt das Familienrechts-Änderungsgesetz, nach dem unter bestimmten Voraussetzungen eine Ehe nicht geschieden werden kann, wenn einer der Partner widerspricht.

28. Juni 1967 Parteiengesetz verabschiedet

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages votieren für ein Parteiengesetz, das unter anderem Grundsätze der innerparteilichen Willensbildung festlegt sowie Regelungen für die Parteienfinanzierung.

28. Juni 1985 Deutscher Bundestag beschließt Vermummungsverbot

Der Bundestag verschärft das Demonstrationsstrafrecht durch Verbot der Vermummung, die künftig bei Protestzügen als Ordnungswidrigkeit gilt und unter bestimmten Voraussetzungen auch als Straftat geahndet werden kann.

29. Juni 1961 Kindergeld ab dem zweiten Kind

Der Deutsche Bundestag stimmt für die Einführung eines Kindergeldes in Höhe von 25 D-Mark im Monat, das mit der Geburt des zweiten Kindes gezahlt wird und Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 7.200 D-Mark zusteht. Zuvor war erst mit dem dritten Kind Kindergeld gezahlt worden.

29. Juni 2001 Deutscher Bundestag schafft "Rabattgesetz" ab

Das Gesetz war 1934 geschaffen worden und sah Einschränkungen für das "Feilschen und Handeln" im Einzelhandel vor. Die Aufhebung der Regelung soll zu größerer Freiheit in der Preisgestaltung führen.

29. Juni 2006 Deutscher Bundestag verabschiedet Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz

Das Gesetz enthält Regeln zum Schutz vor Benachteiligung einzelner gesellschaftlicher Gruppen.

29. Juni 2012 Deutscher Bundestag stimmt für Europäischen Fiskalpakt

Das Abkommen soll dazu dienen, die Haushaltsdisziplin in der EU zu fördern und enthält unter anderem Regelungen zur Ahndung bei Verstößen.

30. Juni 1994 Umweltschutz und Gleichberechtigung im Grundgesetz

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages führen eine ganztägige Verfassungsdebatte, in der sie zahlreiche Änderungen des Grundgesetzes aus Anlass der Wiedervereinigung beraten und beschließen. Dazu gehören der Umweltschutz, der Schutz vor Benachteiligung Behinderter und die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die – nach der Zustimmung des Bundesrates am 23. September – als Staatsziele im Grundgesetz verankert werden.

30. Juni 2006 Deutscher Bundestag verabschiedet erste Föderalismusreform

Mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschließt das Parlament verschiedene Änderungen des Grundgesetzes, welche das Verhältnis zwischen Bund und Ländern betreffen. Dabei werden insbesondere die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes neu ausgestaltet und erweitert.

30. Juni 2011 Deutscher Bundestag beschließt Atomausstieg

Nachdem es nach einem Seebeben zu Unfällen im Kernkraftwerk von Fukushima (Japan) gekommen war, entscheiden sich die Abgeordneten mit großer Mehrheit für eine Änderung des Atomgesetzes, nach der die Nutzung der Kernenergie in Deutschland bis 2022 beendet werden soll.

30. Juni 2017 Eheschließung für Homosexuelle

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages votieren für eine Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches, nach der gleichgeschlechtliche Partner die standesamtliche Ehe schließen dürfen.

30. Juni 2017 Deutscher Bundestag verabschiedet Netzwerkdurchsuchungsgesetz

Das sogenannte "Facebook-Gesetz" führt Regeln für soziale Netzwerke ein, die der Zunahme von strafbaren Inhalten und Hasskriminalität im Internet entgegenwirken sollen.

Juli

1. Juli 1867 Verfassung des Norddeutschen Bundes schreibt Reichstag Legislativrecht zu

Die im Wesentlichen auf einem Entwurf des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck beruhende Verfassung des Norddeutschen Bundes tritt in Kraft. Unter anderem wird dem Reichstag gleichberechtigt zum Bundesrat Gesetzgebungskompetenz eingeräumt.

1. Juli 1896 Reichstag verabschiedet Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Das BGB tritt am 1. Januar 1900 in Kraft und regelt erstmals einheitlich für das Deutsche Reich das allgemeine Privatrecht. Es ist bis heute der zentrale Gesetzestext des Zivilrechts.

1. Juli 1999 Letzte Sitzungswoche in Bonn

Mit einem Bürgerfest und einem Tag der offenen Tür beendet der Deutsche Bundestag die letzte Sitzungswoche in Bonn vor dem Umzug nach Berlin.

2. Juli 1953 Deutscher Bundestag stimmt für Londoner Schuldenabkommen

In dem Abkommen wird die teilweise Begleichung der Vor- und Nachkriegsschulden gegenüber den drei westlichen Besatzungsmächten vereinbart. Das Abkommen enthält zudem einen hohen Schuldennachlass.

2. Juli 2004 Deutscher Bundestag beschließt "Hartz IV"

Die Abgeordneten stimmen unter anderem für die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV). Das "Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" enthält zudem Regelungen und Auflagen für Arbeitssuchende sowie neue Fördermöglichkeiten.

3. Juli 1919 Weimarer Nationalversammlung spricht sich für Nationalfarben Schwarz-Rot-Gold aus

Die neuen Farben lösen die Schwarz-Weiß-Rote Flagge des Kaiserreiches ab. In der Folge entzündet sich ein "Flaggenstreit", der neben parlamentarischen und öffentlichen Diskussionen zu Straßenkämpfen zwischen beiden Lagern führt.

3. Juli 1969 Wahl des ersten Notstandsparlaments

Zum ersten Mal werden Mitglieder des Bundestages für den als Notstandsparlament vorgesehenen Gemeinsamen Ausschuss gewählt. Dieser soll im Verteidigungsfall die Funktionen von Bundestag und Bundesrat ausüben.

3. Juli 1979 Deutscher Bundestag hebt Verjährung für Mord auf

Der Tatbestand des § 211 Strafgesetzbuch unterliegt damit nicht mehr der Verjährung. Anlass für die Gesetzesänderung war die drohende Verjährung nationalsozialistischer Verbrechen.

3. Juli 2003 Deutscher Bundestag stimmt für EU-Osterweiterung

Der Bundestag stimmt für die am 1. Mai 2004 geplante EU-Erweiterung um zehn Länder. Es ist die größte Erweiterungsrunde der EU-Geschichte.

3. Juli 2009 Deutscher Bundestag ermöglicht "Bad Banks"

Mit dem "Gesetz zur Errichtung eines Finanzmarktstabilisierungsfonds" können Finanzinstitute gegen Gebühr Wertpapiere, die in der Folge der Finanzkrise faktisch wertlos geworden sind, in so genannte Bad Banks auslagern und so ihre Bilanzen bereinigen.

3. Juli 2014 Deutscher Bundestag beschließt Mindestlohn

Der Bundestag beschließt die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. Er beträgt 8,50 Euro die Stunde und soll ab 2015 gelten.

4. Juli 1957 Bundestag erlässt Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen

Das Gesetz legt Grundlagen zum deutschen Kartell- und Wettbewerbsrecht. Es dient der Erhaltung eines freien und vielseitigen marktwirtschaftlichen Wettbewerbs und gilt als Grundlage für die soziale Marktwirtschaft.

4. Juli 1958 Verteidigungsetat erstmals größter Posten des Bundeshaushaltes

Der Bundestag verabschiedet den Haushalt für das Jahr 1958 / 59: Erstmals ist der Verteidigungsetat der größte Posten.

4. Juli 2002 Deutscher Bundestag beschließt Wiedererrichtung des Berliner Schlosses als Humboldt-Forum

Der Bundestag entscheidet, das 1950 auf Anordnung Walter Ulbrichts gesprengte Hohenzollernschloss in der Mitte Berlins wieder aufzubauen.

5. Juli 1957 Deutscher Bundestag ratifiziert Römische Verträge

Der Bundestag verabschiedet das Gesetz zu den Römischen Verträgen, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet werden. Die Verträge treten am 1. Januar 1958 in Kraft und gelten als Gründungsdokumente der EU.

7. Juli 1927 Reichstag beschließt Arbeitslosenversicherung

Der Reichstag führt die Versicherungspflicht gegen Arbeitslosigkeit und den Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld, das sich nach dem früheren Lohn richtet, ein. Die Kosten sollen zur Hälfte von Arbeitnehmern und Arbeitgebern getragen werden.

7. Juli 1927 Reichstag verabschiedet Mutterschutzgesetz

Frauen erhalten damit einen Kündigungsschutz für die letzten sechs Wochen vor und die ersten sechs Wochen nach der Geburt.

7. Juli 1933 SPD verliert sämtliche Mandate

Reichsinnenminister Frick hebt alle SPD-Mandate im Reichstag und in allen übrigen Parlamenten auf. Bereits vor der konstituierenden Sitzung des Reichstages waren die Mandate der KPD annulliert worden. Die anderen Parteien lösten sich auf. Die NSDAP verbleibt als einzige Partei.

7. Juli 1955 Deutscher Bundestag verabschiedet Bannmeilengesetz

Mit dem Gesetz wird um die Sitze der Bundesorgane eine Schutzzone eingerichtet, in welcher Demonstrationen und andere Versammlungen nur mit Sondergenehmigung erlaubt sind. Die freie Willensbildung der Parlamentarier und Richter soll so geschützt werden.

7. Juli 1956 Deutscher Bundestag verabschiedet Wehrpflichtgesetz

Damit wird die künftige Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee. Im September wird die Dauer des Wehrdienstes auf 12 Monate festgelegt. Außerdem wird ein ziviler Ersatzdienst für Kriegsdienstverweigerer eingerichtet.

8. Juli 1948 Westdeutsche Ministerpräsidenten beraten Einberufung eines Parlamentarischen Rates

Die westdeutschen Ministerpräsidenten beraten in Koblenz bis zum 10. Juli den Vorschlag, die Einberufung einer verfassunggebenden Versammlung und die Ausarbeitung einer Verfassung zurückzustellen und stattdessen einen "Parlamentarischen Rat" zu wählen, der ein "Grundgesetz" für das Besatzungsgebiet der Westmächte ausarbeitet.

9. Juli 1919 Weimarer Nationalversammlung ratifiziert Versailler Vertrag

Damit erkennt das Deutsche Reich seine alleinige Kriegsschuld an und verpflichtet sich zur Entrichtung von Reparationszahlungen.

10. Juli 1948 "Herrenchiemseer Konvent" erarbeitet Grundlagen für neue Verfassung

Ein vorbereitender Verfassungskonvent, von den Landesregierungen berufen, entwirft im Alten Schloss Herrenchiemsee Richtlinien für das Grundgesetz ("Herrenchiemseer Konvent"). Der Konvent tagt bis zum 23. Juli.

12. Juli 1879 Reichstag beschließt Schutzzölle für Landwirtschaft und Industrie

Mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums werden Zölle auf Getreide, Holz, Eisen und Vieh sowie Genussmittel wie Tabak und Tee eingeführt. Ziel ist die Stützung der Inlandspreise.

14. Juli 1933 Hitler verbietet Neugründung von Parteien

Mit Erlass des "Gesetzes gegen die Neubildung von Parteien" wird die NSDAP zur einzigen zugelassenen Partei und das politische Leben endgültig gleichgeschaltet.

16. Juli 1955 Deutscher Bundestag beschließt Bundeswehr-Freiwilligengesetz

Das "Freiwilligengesetz" sieht die Rekrutierung von 6.000 Freiwilligen für die bundesdeutschen Streitkräfte vor, die das Ausbildungs- und Führungspersonal der zukünftigen Bundeswehr bilden sollen.

17. Juli 1954 Bundesversammlung erstmals in Berlin

Erstmals tritt die Bundesversammlung in Berlin zusammen und wählt in der Ostpreußenhalle Theodor Heuss zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten.

18. Juli 1922 Reichstag beschließt "Gesetz zum Schutz der Republik"

Das Gesetz ermöglicht das Verbot republikfeindlicher Vereinigungen und deren strafrechtliche Verfolgung.

19. Juli 1917 Erster Weltkrieg

Reichstag spricht sich für Frieden aus – Die Abgeordneten des Reichstages stimmen für die vom Zentrumspolitiker Matthias Erzberger eingebrachte Friedensresolution, in welcher ein einvernehmlicher Friedensschluss ohne Annexionen gefordert wird. Diese Zustimmung stellt die erste parlamentarische Willensbekundung für ein Ende des Ersten Weltkrieges dar.

19. Juli 1952 Deutscher Bundestag verabschiedet Betriebsverfassungsgesetz

Das umkämpfte Gesetz regelt Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte für Arbeitsnehmer in privaten Betrieben ab fünf Mitarbeitern.

19. Juli 1971 Deutscher Bundestag verabschiedet Städtebauförderungsgesetz

Mit dem Gesetz werden unter anderem Sanierungs- und Entwicklungsvorhaben der Kommunen gefördert. Öffentliche Verwaltungen erhalten mehr Eingriffsmöglichkeiten bei Bodenspekulationen in Großstädten.

21. Juli 1999 Betriebskindertagesstätte des Bundestages eröffnet

Die Betriebskindertagesstätte neben dem Paul-Löbe-Haus ist nahe der Spree gelegen und bietet Platz für rund 170 Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bundestages.

22. Juli 1990 10. Volkskammer der DDR führt Länder ein

Mit dem Ländereinführungsgesetz und dem Gesetz zur Wahl der Landtage wird die seit Juli 1952 zentralistische DDR in einen föderativen Staat mit fünf neuen Ländern (Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen) umgewandelt.

23. Juli 2001 Bezug des Paul-Löbe-Hauses

Abgeordnete und Verwaltungsmitarbeiter beziehen ihre Büros im Paul-Löbe-Haus, das unterirdisch mit dem Reichstagsgebäude verbunden ist. In dem vom Münchner Architekten Stephan Braunfels gestalteten Bau tagen unter anderem die Ausschüsse des Deutschen Bundestages.

24. Juli 2019 Sondersitzung des Bundestages im Ausweichquartier

Erstmals seit 1953 müssen die Abgeordneten wegen der Renovierung des Plenarsaals in einem Ausweichquartier tagen: Mitten in der parlamentarischen Sommerpause kommen sie zur Vereidigung der neuen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU / CSU) im Paul-Löbe Haus zusammen.

25. Juli 1930 Diebstahl der Verfassungsurkunde

In der Nacht zum 25. Juli wird aus dem Schrank des Bibliothekslesesaals im Reichstagsgebäude das Originalexemplar der Deutschen Reichsverfassung von 1848 (Paulskirchenverfassung) entwendet. Das kostbare Unikat aus Pergament mit den Unterschriften von 405 Abgeordneten taucht noch vor Jahresende 1930 unter ungeklärten Umständen wieder auf. Heute wird es im Deutschen Historischen Museum in Berlin verwahrt.

26. Juli 1990 Ausschüsse "Deutsche Einheit" einigen sich auf Wahltermin

Die Ausschüsse "Deutsche Einheit" des Bundestages und der Volkskammer der DDR einigen sich auf den 2. Dezember 1990 als Termin für die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl und auf ein einheitliches Wahlrecht.

29. Juli 1953 Deutscher Bundestag tritt im Kölner Funkhaus zusammen

Zur letzten Sitzung der ersten Wahlperiode des Deutschen Bundestages kommen die Abgeordneten im Funkhaus des Nord-westdeutschen Rundfunks in Köln zusammen, da der Plenarsaal im Bundeshaus in Bonn umgebaut wird.

31. Juli 1919 Nationalversammlung beschließt Weimarer Reichsverfassung

Mit großer Mehrheit wird die Weimarer Verfassung von der Nationalversammlung verabschiedet. Es ist die erste parlamentarisch-demokratische Verfassung Deutschlands. Das Reich wird zur parlamentarischen Republik.



Arbeiter feiern am 5. Mai 1949 das Richtfest des neuen Plenarsaals. Im Hintergrund die selbsttragende Stahlkonstruktion.



Blick auf die Festgesellschaft beim Richtfest zum neuen Plenarsaal. Am rechten Tisch in der Mitte sitzend: Konrad Adenauer (CDU).

August

3. August 1990 Wahlvertrag für erste gesamtdeutsche Bundestagswahl

Die Regierungsunterhändler der Bundesrepublik und der DDR, Wolfgang Schäuble und Günther Krause, unterzeichnen den ersten gesamtdeutschen Wahlvertrag für die anstehende Bundestagswahl am 2. Dezember. Der Vertrag sieht unter anderem vor, dass die Zahl der Abgeordneten von 518 auf 656 erhöht wird.

4. August 1914 Reichstag stimmt für Kriegskredite

Einstimmig und mit der Zustimmung der jahrelang als Reichsfeinde diskreditierten Sozialdemokraten bewilligen die Abgeordneten Kriegskredite in Höhe von fünf Milliarden Mark. Zudem verabschiedet das Parlament ein Ermächtigungsgesetz, durch welches es seine Gesetzgebungskompetenz auf den Bundesrat überträgt.

5. August 1920 Reichstag verabschiedet Entwaffnungsgesetz

Dem neuen Gesetz zufolge müssen sämtliche Militärwaffen in zivilem Besitz bei den Behörden abgeliefert werden. Bis Ende des Jahres werden unter anderem 2,2 Millionen Gewehre und über 78.000 Revolver und Pistolen eingezogen.

8. August 2009 U-Bahnhofstation "Bundestag" eröffnet

In Berlin nimmt die "Kanzler-U-Bahn" den Betrieb auf. Die 1,8 km lange Linie U 55 verkehrt zwischen den drei Stationen Hauptbahnhof, Bundestag und Brandenburger Tor.

10. August 1948 Herrenchiemseer Verfassungskonvent

Im Auftrag der Ministerpräsidentenkonferenz der westdeutschen Länder erarbeitet ein Ausschuss von rund 30 Experten aus Rechtswissenschaft und Politik einen Verfassungsentwurf, der als Grundlage für das Grundgesetz dient.

11. August 1919 Weimarer Reichsverfassung unterzeichnet

Reichspräsident Friedrich Ebert unterzeichnet die neue Verfassung des Deutschen Reiches, die sogenannte Weimarer Verfassung. Sie tritt am 14. August in Kraft und stellt die erste zur Anwendung gelangte demokratische Verfassung in Deutschland dar.

13. August 1948 Bonn wird Sitz des Parlamentarischen Rates

Die Ministerpräsidenten der Länder der westlichen Besatzungszone wählen Bonn zum Sitz des Parlamentarischen Rates, der unter anderem das Grundgesetz ausarbeiten soll. Er tritt erstmalig am 1. September zusammen.

14. August 1949 Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag

In Deutschland wird erstmals der Bundestag gewählt. Die Wahl ist – nach den Wahlen zu den Landtagen und den Kommunalwahlen in den Jahren seit 1946 – die erste freie Wahl auf deutschem Boden seit der Reichstagswahl vom 6. November 1932.

15. August 1948 Wahl der Delegierten für den Parlamentarischen Rat beginnt

Die westdeutschen Landtage beginnen mit der Wahl der 65 Delegierten für den Parlamentarischen Rat in Bonn, der mit der Ausarbeitung des Grundgesetzes betraut wird. Hinzu kommen fünf nicht stimmberechtigte Delegierte aus West-Berlin. Die Wahlvorgänge dauern bis zum 31. August.

18. August 1961 Sondersitzung des Deutschen Bundestages als Protest gegen Mauerbau

In einer emotionalen Debatte, zu deren Beginn Bundeskanzler Konrad Adenauer ans Rednerpult tritt, um eine Regierungserklärung abzugeben, verurteilen die Redner in Bonn mit scharfen Worten die auf Befehl von SED-Chef Walter Ulbricht erfolgte Abriegelung Ost-Berlins. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt spricht davon, dass weiter auseinandergerissen werde, was zusammengehöre.

21. August 1919 Reichspräsident wird erstmals auf Weimarer Reichsverfassung vereidigt

Friedrich Ebert wird vor der Weimarer Nationalversammlung auf die neue deutsche Reichsverfassung vereidigt.

22. August 1990 10. Volkskammer der DDR stimmt für erste gesamtdeutsche Wahl

Die DDR-Volkskammer spricht sich mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit für den Wahlvertrag und damit für eine gesamtdeutsche Parlamentswahl aus.

23. August 1990 10. Volkskammer der DDR beschließt Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland

Die Volkskammer beschließt in einer Sondersitzung mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland zum 3. Oktober gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik.

23. August 1990 Deutscher Bundestag billigt Gesetz für gesamtdeutsche Wahlen

Mit dem "Gesetz zu den Verträgen zur Vorbereitung und Durchführung der ersten gesamtdeutschen Wahl" bestätigt der Bundestag den am 3. August geschlossenen Wahlvertrag.

24. August 1990 10. Volkskammer der DDR verbietet Vernichtung von Stasi-Akten

Die Volkskammer verabschiedet ein Gesetz, das die Vernichtung der etwa sechs Millionen Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verbietet. Ziel ist die Sicherung von Beweisen für die rechtsstaatswidrigen Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes.

25. August 1999 Erstmals "Einblicke und Ausblicke" im umgebauten Reichstagsgebäude

Über 250.000 Besucherinnen und Besucher besichtigen bis zum 29. August das neu gestaltete Parlamentsgebäude. Der Tag der offenen Tür findet seitdem jedes Jahr (außer in Wahljahren) im Herbst statt.

27. August 1915 Beschluss über Reichstagsinschrift "Dem Deutschen Volke"

Reichstagspräsident Johannes Kaempf gibt am Ende der Plenarsitzung bekannt, dass die Ausschmückungskommission des Reichstages den lange umstrittenen Text beschlossen habe. Das Protokoll vermerkt "lebhaften Beifall". Im Dezember 1916 werden die von Peter Behrens entworfenen und in der Gießerei Loevy gegossenen Bronzebuchstaben am Westportal des Reichstagsgebäudes angebracht.

29. August 1990 Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) gegründet

Das TAB berät als selbstständige, wissenschaftliche Einrichtung die Parlamentsausschüsse in Fragen des wissenschaftlich-technischen Wandels. Auf der Grundlage eines Vertrages mit dem Deutschen Bundestages steuert der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Arbeit des TAB.

31. August 1867 Erste Wahl zum Reichstag des Norddeutschen Bundes

Nachdem im Februar Wahlen zum konstituierenden Reichstag abgehalten worden waren, werden nun in den Mitgliedsstaaten des Norddeutschen Bundes gemäß den jeweiligen Wahlgesetzen 297 Abgeordnete in den ersten und einzigen ordentlichen Reichstag gewählt. Die Unterstützer Otto von Bismarcks behalten die Mehrheit.



Blick in den neuen Plenarsaal mit der Zuschauertribüne. Dem ersten Bundestag gehören zu Beginn 410 Abgeordnete an, davon acht nicht stimmberechtigte Vertreter aus Berlin (West).



Blick zum Rednerpult und Präsidium. Erich Köhler (CDU) wird erster Bundestagspräsident. An der Wand im Hintergrund die Wappen der Länder.

September

1. September 1948 Erste Tagung des Parlamentarischen Rates

Der Parlamentarische Rat mit seinen 65 gewählten Mitgliedern aus den elf Landtagen der westdeutschen Länder nimmt seine Arbeit auf und erarbeitet in den folgenden acht Monaten eine Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland, das Grundgesetz.

2. September 1998 Ältestenrat entscheidet sich für Beibehaltung des Bundestagsadlers

Der Ältestenrat des Deutschen Bundestages spricht sich dafür aus, auch im neugestalteten Berliner Plenarsaal einen Bundesadler als Staatssymbol aufzuhängen. Die Vorderseite orientiert sich an dem Entwurf des Bundesadlers von Ludwig Gies, während die Rückseite von Norman Foster gestaltet wird.

3. September 1982 Eröffnung des ersten Informationsstandes des Bundestages

Auf der Hamburger Verbraucherausstellung "Du und Deine Welt" eröffnet Bundestagspräsident Richard Stücklen den ersten Informationsstand des Deutschen Bundestages. Die Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments vor Ort wird heute unter anderem durch die Informationsmobile und den Tag der Ein- und Ausblicke weitergeführt.

4. September 1909 Reichstagsabgeordnete fliegen im Zeppelin über den Bodensee

Auf Einladung des Grafen Ferdinand von Zeppelin fliegen die Reichstagsabgeordneten im Zeppelin über den Bodensee. Nachdem sie zunächst dessen Luftschiffanlagen besichtigt haben, steigen die Parlamentarier in mehreren Gruppen in das lenkbare Luftschiff Z III.

5. September 1990 Erste Plenarberatung des Einigungsvertrages im Bundestag

Nach intensiven viermonatigen Vorbereitungen in parallel tagenden Ausschüssen in der frei gewählten Volkskammer der DDR und im Deutschen Bundestag wird der Einigungsvertrag zur Einheit Deutschlands in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten. Der Vertrag muss von beiden deutschen Parlamenten ratifiziert werden.

6. September 1990 Einigungsvertrag wird der Volkskammer vorgelegt

DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière stellt den Einigungsvertrag in der frei gewählten Volkskammer vor. Zu einem Beschluss kommt es an diesem Tage jedoch nicht mehr – der Vertrag war den Fraktionen zu spät zugestellt worden.

7. September 1949 Konstituierung des ersten Deutschen Bundestages

Der Deutsche Bundestag tritt in Bonn zu seiner ersten Sitzung zusammen. Hierzu wurde angrenzend an die ehemalige Turnhalle der Pädagogischen Akademie eigens ein Plenarsaal errichtet. Alterspräsident Paul Löbe (SPD) eröffnet die Sitzung.

7. September 1974 Erweiterte Dauerausstellung im Reichstag

25 Jahre nach der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages eröffnet Bundestagspräsidentin Annemarie Renger im Reichstagsgebäude die erweiterte Dauerausstellung "Fragen an die deutsche Geschichte". Bei der Eröffnung weist sie darauf hin, dass das Gebäude damit keineswegs zum Museum werde, sondern weiterhin für Ausschuss- und Fraktionssitzungen genutzt werden soll.

8. September 2009 Aufhebung der Verurteilungen wegen "Kriegsverrats"

64 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beschließt der Bundestag einstimmig die Aufhebung aller Verurteilungen wegen "Kriegsverrats". Dieser Tatbestand war von den Nationalsozialisten zu einem willkürlichen Instrument der Verfolgung politisch missliebiger Handlungen genutzt worden.

9. September 1986 Erste Sitzung des Deutschen Bundestages im Ersatzplenarsaal des ehemaligen Bonner Wasserwerks

Aufgrund des Abrisses des vormaligen Bundestagsgebäudes zur Errichtung eines Neubaus tagt der Bundestag ersatzweise im zum Plenarsaal umgebauten Alten Wasserwerk. Hier werden in den folgenden Jahren die historischen Beschlüsse des Parlaments zur Wiedervereinigung und zum Hauptstadtumzug gefasst.

10. September 2014 Bronisław Komorowski spricht vor dem Deutschen Bundestag

In der Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges bezeichnet der polnische Staatspräsident vor dem Deutschen Bundestag die deutsch-polnischen Beziehungen als Beispiel dafür, wie eine schwierige Vergangenheit überwunden und ein sicheres Europa aufgebaut werden könne.

11. September 1997 Ältestenrat des Deutschen Bundestages empfiehlt Namen für Bundestagsgebäude

Die drei noch im Bau befindlichen Liegenschaften sollen "Paul-Löbe-Haus", "Marie-Elisabeth-Lüders-Haus" und "Jakob-Kaiser-Haus" heißen.

12. September 1949 Erste Bundesversammlung tritt in Bonn zusammen

Theodor Heuss wird im Bonner Bundeshaus zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

12. September 1992 Denkmal für ermordete Reichstagsabgeordnete wird der Öffentlichkeit übergeben

Vor der Südwestecke des Reichstagsgebäudes wird das privat initiierte Denkmal zur Erinnerung an 96 von den Nationalsozialisten ermordete Reichstagsabgeordnete installiert und übergeben.

12. September 2000 Kunstprojekt "DER BEVÖLKERUNG" wird im Reichstagsgebäude eingeweiht

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Künstler Hans Haacke weihen das Kunstwerk im nördlichen Lichthof des Reichstagsgebäudes ein.

14. September 1999 Palais des Reichstagspräsidenten wiedereröffnet

Das von dem Architekten Thomas van den Valentyn neu gestaltete Gebäude dient künftig der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft als Sitz.

15. September 1949 Deutscher Bundestag wählt ersten Bundeskanzler

Mit einer Stimme Mehrheit wird Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik gewählt.

15. September 1970 Beginn der Parlamentskorrespondenz "heute im bundestag" (hib)

Das Presse- und Informationszentrum des Deutschen Bundestages informiert Abgeordnete und Öffentlichkeit in kompakter Form über tagesaktuelle Parlamentsvorgänge.

17. September 1970 Erstmalige Konstituierung des "Notparlamentes"

Der Gemeinsame Ausschuss von Bundestag und Bundesrat ("Notparlament"), den die Bundesregierung über ihre Planungen für den Verteidigungsfall zu unterrichten hat, tritt erstmals zusammen.

18. September 1997 Richtfest nach Umbau des Reichstagsgebäudes

Nach einer umfangreichen Umgestaltung zum Sitz des Deutschen Bundestages wird das Richtfest des Reichstagsgebäudes in Berlin gefeiert.

19. September 1951 In Bonn erscheint erstmals die Wochenzeitung "Das Parlament"

Die Zeitung informiert umfassend über das parlamentarische Geschehen und liefert Hintergrundberichte zur Arbeit der Abgeordneten.

20. September 1949 Erste Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag

Bundeskanzler Konrad Adenauer gibt vor dem Plenum des Deutschen Bundestages die erste Regierungserklärung ab. Zuvor waren er und seine Kabinettskollegen von Bundestagspräsident Erich Köhler vereidigt worden.

20. September 1949 Deutscher Bundestag beschließt provisorische Geschäftsordnung

Mit großer Mehrheit verabschiedet der Bundestag seine vorläufige Geschäftsordnung, die auf dem Regelwerk des Deutschen Reichstages in der Fassung vom 31. Dezember 1922 basiert.

20. September 1990 Deutscher Bundestag und 10. Volkskammer der DDR billigen Einigungsvertrag

Mit den erforderlichen Zweidrittelmehrheiten stimmen die Parlamente dem Vertragswerk zu, das die Auflösung der DDR, ihren Beitritt zur Bundesrepublik und die Herstellung der deutschen Einheit regelt.

21. September 1972 Bundestagsabgeordnete müssen Angaben zu Nebeneinkünften machen

Der Bundestag gibt sich erstmals Verhaltensregeln, nach denen Abgeordnete Angaben über ihre Nebeneinkünfte machen müssen. Außerdem wird die Registrierung von Verbänden und ihren Vertretern eingeführt.

21. September 1995 Deutscher Bundestag führt Kernzeit-Debatte ein

An Donnerstagen einer Sitzungswoche wird eine Plenar-Kernzeit von vier bis sechs Stunden eingeführt, in denen grundlegende Themen behandelt werden können.

22. September 1972 Deutscher Bundestag entscheidet erstmals über Vertrauensfrage

Nachdem einige Abgeordnete die Fraktion gewechselt haben, verliert Bundeskanzler Willy Brandt die Abstimmung über die Vertrauensfrage. Bundespräsident Gustav Heinemann ordnet erstmals die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zum 7. Deutschen Bundestag an.

22. September 2011 Erste Rede eines Papstes im Deutschen Bundestag

Benedikt XVI. hält als erster Papst und Oberhaupt des Staates Vatikanstadt eine Ansprache vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Der Papst mahnt die Abgeordneten, dem Recht zu dienen und der Herrschaft des Unrechts zu wehren. Die Bitte, wie König Salomon ein "hörendes Herz" zu bekommen, um das Gute vom Bösen unterscheiden zu können, bleibe die entscheidende Frage, vor der Politiker und die Politik auch heute noch stünden.

23. September 2019 Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (DFPV) im Bundestag

Erstmals seit der Konstituierung am 25. März 2019 in Paris versammeln sich die 50 deutschen und 50 französischen Abgeordneten unter dem Vorsitz der beiden Parlamentspräsidenten im Marie-Elisabeth-Lüders Haus. Die Versammlung soll zweimal im Jahr über deutsch-französische Themen beraten.

24. September 1992 Deutscher Bundestag beschließt SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Nach dem "Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz" werden Personen, die in der DDR rechtsstaatswidrig inhaftiert wurden, künftig rehabilitiert und entschädigt.

25. September 2001 Wladimir Putin besucht den Deutschen Bundestag

Im Rahmen eines Staatsbesuchs hält der russische Präsident Wladimir Putin im Plenum vor den Mitgliedern des Parlaments und des Bundesrats eine Ansprache.

26. September 1991 Deutscher Bundestag setzt Sonderausschuss "Schutz des ungeborenen Lebens" ein

Die Mitglieder des Sonderausschusses beraten rechtliche, ethische und soziale Fragen, die im Zusammenhang mit dem vorgeburtlichen Leben stehen. Infolge der Beratungen wird im Jahr darauf das Schwangeren- und Familienhilfegesetz verabschiedet.

28. September 1990 10. Volkskammer der DDR entsendet 144 Abgeordnete in den Deutschen Bundestag

Nach längerer Debatte um die Entsendung der beiden PDS-Abgeordneten Gregor Gysi und Hans Modrow stimmt eine Mehrheit für die vorgeschlagene Liste der 144 Volkskammer-Abgeordneten, die nach der Wiedervereinigung dem 11. Deutschen Bundestag angehören sollen.

29. September 1977 Deutscher Bundestag verabschiedet Kontaktsperregesetz

Nach einer hitzigen Debatte beschließt der Bundestag mit großer Mehrheit das Kontaktsperregesetz. Damit wird die den RAF-Häftlingen in Stammheim auferlegte absolute Kontaktsperre nachträglich auf eine gesetzliche Grundlage gestellt.

30. September 1918 Kaiser Wilhelm II. verfügt Parlamentarisierung des Kaiserreichs

Durch Erlass ordnet der deutsche Kaiser die Einführung des seit langem diskutierten und von den linken Parteien geforderten parlamentarischen Systems im Deutschen Reich an.

30. September 1919 Die Deutsche Nationalversammlung tagt erstmals nach ihrem Umzug aus Weimar im Reichstagsgebäude

Nachdem die Nationalversammlung nach Berlin umgezogen war, hält sie ihre Sitzungen zunächst in der Neuen Aula der Universität (heute Alte Bibliothek) und danach im Reichstagsgebäude ab.

Oktober

1. Oktober 1993 Deutscher Bundestag verabschiedet Entgeltfortzahlungsgesetz

Mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP beschließt das Parlament neue gesamtdeutsche Regelungen für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

2. Oktober 1990 10. Volkskammer der DDR löst sich auf

In der letzten Sitzung der ersten frei gewählten Volkskammer legen die Vorsitzenden der Fraktionen eine Bilanz vor: In gut sechs Monaten wurden 164 Gesetze und 93 Beschlüsse beraten.

2. Oktober 1996 Ausstellung des Bundestages im Deutschen Dom in Berlin eröffnet

Nach dreijähriger Renovierung des Gebäudes wird die historische Dauerausstellung des Bundestages "Fragen an die deutsche Geschichte" (heute: "Wege, Irrwege, Umwege") gezeigt, die vormals im Reichstagsgebäude zu sehen war.

2. Oktober 1996 Info-Mobil des Bundestages geht erstmals auf Tour

Um Bürgerinnen und Bürger im persönlichen Gespräch über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu informieren, geht die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages mit einem LKW voller Informationsmaterial auf Reisen. Das Info-Mobil steuert Plätze und Märkte in ganz Deutschland an. Die ersten Stationen sind in Berlin und Brandenburg.

3. Oktober 1990 Gesamtdeutscher Bundestag mit 144 Ost-Abgeordneten

Die deutsche Einheit ist mit Beginn des Tages wiederhergestellt. Die 144 Abgeordneten, die von der 10. Volkskammer am 28. September 1990 entsendet wurden, gehören nun dem gesamtdeutschen Bundestag an.

4. Oktober 1990 Deutscher Bundestag tritt erstmals als gesamtdeutsches Parlament zusammen

Im Plenum des Reichstagsgebäudes begrüßt Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth die 144 von der Volkskammer entsendeten Abgeordneten. Nach der Vereidigung von fünf zusätzlichen Bundesministern gibt Bundeskanzler Helmut Kohl eine Regierungserklärung zur Politik der ersten gesamtdeutschen Bundesregierung ab.

5. Oktober 1990 Deutscher Bundestag ratifiziert "Zwei-plus-Vier-Vertrag"

Der Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs und der Bundesrepublik Deutschland sowie der DDR stellt die für die staatliche Souveränität erforderliche Friedensvereinbarung dar.

6. Oktober 1953 Erste Live-Fernsehübertragung aus dem Plenarsaal

Die konstituierende Sitzung des Zweiten Bundestages wird erstmalig live im Fernsehen übertragen. Erste Hörfunk und Fernsehübertragungen hatte es seit 1949 bzw. 1952 bereits gegeben, diese wurden jedoch erst aufgezeichnet und redaktionell überarbeitet, bevor sie ausgestrahlt wurden. Heute verfügt der Bundestag über ein eigenes Parlamentsfernsehen, welches Plenardebatten und öffentliche Ausschusssitzungen unter anderem live im Internet überträgt.

6. Oktober 1990 Deutscher Bundestag verabschiedet neues Wahlgesetz

Das Gesetz sieht unter anderem eine Änderung der Sperrklausel-Regelung vor, nach der eine Partei lediglich in einem der beiden Wahlgebiete (Bundesrepublik Deutschland oder DDR) fünf Prozent der Stimmen benötigt, um in den Bundestag einziehen zu können. Darüber hinaus werden Listenvereinigungen in den neuen Bundesländern ermöglicht.

11. Oktober 1956 Deutscher Bundestag führt "Verkehrssünderkartei" ein

Im Verkehrszentralregister, welches vom Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg geführt wird, werden zukünftig verkehrsrelevante Straftaten und Ordnungsverstöße (damals "Übertretungen") gespeichert.

12. Oktober 1988 Erstmalige "Befragung der Bundesregierung"

Nach der Kabinettsitzung befragen Abgeordnete im Plenum erstmals Vertreter der Regierung zu aktuellen Themen. Die Fragestunde dient der Information der Parlamentarier und gilt als Kontrollinstrument gegenüber der Bundesregierung.

13. Oktober 1988 Deutscher Bundestag ratifiziert Protokoll von Montreal

Das Umweltabkommen hat den Schutz der Ozonschicht zum Ziel. Zur Umsetzung soll in der Bundesrepublik der Einsatz von ozonzerstörendem Fluorchlorkohlenwasserstoff (FCKW) stark eingeschränkt werden.

14. Oktober 1970 Erste Rede einer Abgeordneten im Hosenanzug

Die Abgeordnete Lenelotte von Bothmer (SPD) tritt während einer Debatte zur Bildungspolitik in einem Hosenanzug ans Rednerpult im Plenum des Bundestages. Das Protokoll vermerkt den Zwischenruf: "Die erste Hose am Pult!"

15. Oktober 2001 Schlüsselübergabe Paul-Löbe-Haus

Nach vierjähriger Bauzeit wird Bundestagspräsident Wolfgang Thierse der Schlüssel des neuen Bundestagsgebäudes überreicht, das nach dem ehemaligen Reichstagspräsidenten Paul Löbe (1875-1967) benannt wurde. Das für die Arbeit der Ausschüsse konzipierte Gebäude wurde vom Architekten Stephan Braunfels entworfen.

16. Oktober 1998 Deutscher Bundestag stimmt erstmals für Kriegseinsatz der Bundeswehr

Der Bundestag billigt eine Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen Einsatz der NATO im Kosovo-Konflikt. Es ist die erste Abstimmung des Parlaments über einen Kampfeinsatz, an dem die Bundeswehr beteiligt ist.

17. Oktober 1911 Reichstag beschließt Beibehaltung der Fraktur in Deutschland

Im Antiqua-Fraktur-Streit entscheidet sich der Reichstag mit drei Vierteln der Stimmen gegen die Einführung der Antiqua als Amtsschrift. Die Fraktur bleibt damit weiterhin Amtsschrift im Deutschen Reich.

17. Oktober 2008 Deutscher Bundestag beschließt Finanzmarktstabilisierungsgesetz

In Reaktion auf die Bankenkrise verabschiedet der Bundestag das Gesetz, welches die Stabilisierung des Finanzmarktes ermöglichen soll. Ziel des Gesetzes ist es, die Zahlungsfähigkeit von in Deutschland ansässigen Kreditinstituten zu gewährleisten.

19. Oktober 1878 Reichstag verabschiedet "Sozialistengesetze"

Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" stellt ein weitreichendes Instrument zur Zerschlagung der Organisations- und Kommunikationsstrukturen der sozialdemokratischen Partei und der Arbeiterbewegung dar.

19. Oktober 1950 Deutscher Bundestag verabschiedet Versorgungsgesetz für Kriegsbeschädigte

Damit werden rückwirkend zum 1. Oktober je nach Umfang der Erwerbsminderung Grundrenten zwischen 15 DM und 75 DM sowie Ausgleichsrenten zwischen 40 DM und 90 DM ausgezahlt.

19. Oktober 1955 Erste Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in Berlin

In einem Hörsaal der Technischen Universität tritt der Bundestag erstmals in Berlin zusammen – ein demonstrativer Akt, mit dem kundgetan werden soll, dass die Parlamentarier sich für das Schicksal der Stadt Berlin mitverantwortlich fühlen.

20. Oktober 1949 Erstmals Beitrag des Bundesrates im Plenum

Das im Grundgesetz festgehaltene Rederecht für Mitglieder des Bundesrates nimmt erstmals der niedersächsische Minister für Flüchtlingswesen, Heinrich Albertz (SPD), in Anspruch. Er meldet sich in der Aussprache zu Heimatvertriebenen und Flüchtlingen als Vertreter des Bundesrates zu Wort.

24. Oktober 1990 Deutscher Bundestag verabschiedet Embryonenschutzgesetz

Das Gesetz regelt die künstliche Befruchtung und soll menschliche Embryonen vor Missbrauch schützen.

26. Oktober 1918 Reichstag verabschiedet "Oktoberreform"

Durch die Verfassungsänderungen ist die Regierung nun abhängig von der Mehrheit des Reichstages und nicht mehr vom Kaiser. Damit wird im Deutschen Reich die konstitutionelle Monarchie von einem parlamentarischen System abgelöst.

26. Oktober 1998 Erste Plenarsitzung im Internet

Von 15 bis 20 Uhr überträgt die Deutsche Welle online die konstituierende Sitzung des 14. Deutschen Bundestages. Damit ist erstmals eine Bundestagssitzung weltweit live zu verfolgen.

26. Oktober 2011 Deutscher Bundestag stimmt für "Euro-Rettungsschirm"

Kurz vor einem EU-Krisengipfel stattet der Deutsche Bundestag Bundeskanzlerin Angela Merkel mit einem fraktionsübergreifenden Verhandlungsmandat aus, indem er für die Stärkung des "Euro-Rettungsschirms" stimmt. Die Fraktion der Linken stimmt geschlossen dagegen.

27. Oktober 1995 Deutscher Bundestag verkürzt Grundwehrdienst um zwei Monate

Der Grundwehrdienst dauert nun statt zwölf lediglich zehn Monate.

27. Oktober 2000 Deutscher Bundestag erweitert Einsatzmöglichkeiten für Frauen in der Bundeswehr

Mit der Änderung des Artikels 12a GG ist Frauen nun der Dienst an der Waffe in der Bundeswehr erlaubt.

28. Oktober 1993 Deutscher Bundestag ändert Namensrecht

Infolge der Neuregelung sind Eheleute nicht mehr verpflichtet, einen gemeinsamen Nachnamen zu führen.

30. Oktober 1972 Erstmaliger Zusammentritt des Ständigen Ausschusses

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland tritt der Ständige Ausschuss des Bundestages zusammen. Nach der verlorenen Vertrauensfrage des Bundeskanzlers Willy Brandt (SPD) war der Bundestag am 22. September aufgelöst worden. Bis zur Konstituierung des neuen Bundestages soll der Ausschuss die Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung wahren.

30. Oktober 1992 Einweihung des neuen Bonner Plenarsaals

Der Deutsche Bundestag hält seine erste Sitzung in dem von Günter Behnisch konzipierten neuen Plenarsaal am Bonner Rheinufer ab.



Die Abgeordnete Käte Strobel (SPD) im Gespräch bei der konstituierenden Sitzung des ersten Deutschen Bundestages. Unter den 410 Abgeordneten sind 28 Frauen.



Zuschauer der konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949. Gespiegelt im Fenster: Die charakteristische Decke des Plenarsaals.

November

3. November 1949 Deutscher Bundestag bestimmt Bonn zur Hauptstadt

Mit 200 zu 179 Stimmen entscheiden sich die Parlamentarier für einen Verbleib des Bundestages in Bonn. Zuvor hatte es Überlegungen gegeben, Parlament und Regierung nach Frankfurt am Main zu verlegen. Die Wahl Bonns soll den provisorischen Charakter der Entscheidung symbolisieren.

3. November 1999 Richtfest am Paul-Löbe-Haus

Zwei Jahre nach dem symbolischen Spatenstich kann für das neue Parlamentsgebäude, in dem vorwiegend die Ausschüsse untergebracht sein sollen, das Richtfest gefeiert werden. 2001 ist es fertig für den Bezug.

7. November 1962 Bundestagsdebatte zur "Spiegel-Affäre"

Im Bundestag beginnt eine mehrtägige parlamentarische Auseinandersetzung zu den Durchsuchungen der Spiegel-Redaktion und der Festnahme von Redakteuren, denen Landesverrat vorgeworfen wird.

7. November 1991 Deutscher Bundestag ratifiziert den KSE-Vertrag

Der "Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa" zwischen 22 Staaten der NATO und des Warschauer Paktes begrenzt die Anzahl schwerer Waffensysteme in Europa.

9. November 1918 Ausrufung der Republik

Vom Reichstagsgebäude ruft der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik aus. Wenige Stunden später proklamiert der Marxist Karl Liebknecht vor dem Berliner Stadtschloss "die freie sozialistische Republik".

9. November 1989 Bundestagsabgeordnete singen Nationalhymne nach Fall der Berliner Mauer

Während einer Plenarsitzung im Bonner Wasserwerk trifft die überraschende Nachricht von der sofortigen Öffnung der DDR-Grenze ein. Nach einer Unterbrechung der Sitzung und kurzen Erklärungen erheben sich die Abgeordneten und stimmen spontan die Nationalhymne an.

9. November 1999 George Bush sen. und Michail Gorbatschow sprechen vor dem Deutschen Bundestag

In der Feierstunde zum zehnten Jahrestag des Falls der Mauer sprechen neben Bundeskanzler Gerhard Schröder auch der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, George H. W. Bush, und der ehemalige Präsident der Sowjetunion, Michail Gorbatschow.

9. November 2007 Deutscher Bundestag beschließt erstmalig Vorratsdatenspeicherung

Telekommunikationsunternehmen werden verpflichtet, anlassunabhängig und zeitlich begrenzt Verbindungsdaten der Kunden zu speichern, um Strafverfolgungsbehörden mit richterlicher Genehmigung den Zugriff zu ermöglichen.

9. November 2007 Deutscher Bundestag beschließt Einheitsdenkmal in Berlin

Zum 18. Jahrestag des Mauerfalls beschließt der Bundestag die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals in Berlin. Als Standort ist der Schloßplatz auf der Spreeinsel in Berlin-Mitte vorgesehen.

10. November 1988 Jenninger-Rede vor dem Deutschen Bundestag

Bundestagspräsident Philipp Jenninger hält zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1938 vor dem Bundestag eine Rede, die von Teilen der Öffentlichkeit aufgrund missverständlich vorgetragener Formulierungen als skandalös bewertet wird. Die Reaktionen führen am darauffolgenden Tag zu Jenningers Rücktritt vom Amt.

10. November 2000 Deutscher Bundestag beschließt Lebenspartnerschaftsgesetz

Das Gesetz bildet die Grundlage für das Rechtsinstitut der Lebenspartnerschaft. Damit wird Menschen gleichen Geschlechts die Möglichkeit eingeräumt, ihrer Partnerschaft einen rechtlichen Rahmen zu geben, welcher in seinen Rechtsfolgen in weiten Teilen der Ehe gleicht.

11. November 1963 Reichstagsgebäude wieder parlamentarisch genutzt

18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges erhält Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier den symbolischen Schlüssel für den renovierten Südflügel des Reichstagsgebäudes. Am selben Tag tritt dort der Ältestenrat zusammen – das erste parlamentarische Gremium im Reichstagsgebäude seit mehr als 30 Jahren. Bis 1989 dient es vielen weiteren Veranstaltungen als Austragungsort – unter anderem dem Präsidium des Europäischen Parlaments sowie dem Europäischen Gerichtshof.

12. November 1918 Wahlrecht für Frauen

Mit dem Aufruf "An das Deutsche Volk" verkündet der Rat der Volksbeauftragten unter anderem das allgemeine aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Das neue Reichswahlgesetz tritt am 30. November in Kraft. In Deutschland können Frauen daraufhin am 19. Januar 1919 erstmals wählen und gewählt werden.

14. November 1993 Deutscher Bundestag stellt Abgeordnetenbestechung unter Strafe

Der Bundestag verabschiedet einen neuen Straftatbestand, wonach sowohl die aktive als auch die passive Bestechung von Abgeordneten künftig strafbar ist.

14. November 1961 Erste Ministerin im Bundestag vereidigt

Die Juristin Elisabeth Schwarzhaupt wird als erste Frau Bundesministerin. Als einzige Frau im Kabinett leitet sie bis 1965 das Ministerium für Gesundheitswesen.

14. November 1991 Deutscher Bundestag verabschiedet Stasi-Unterlagengesetz

Damit erhält jeder Bürger das Recht, ab dem 1. Januar 1992 Einsicht in die von der DDR-Staatssicherheit über sie geführten Akten zu nehmen. Darüber hinaus enthält das Gesetz die Bedingungen für eine weitergehende Verwendung der Unterlagen.

18. November 1919 Hindenburg spricht im Reichstag von "Dolchstoß"

Der ehemalige Chef der obersten Heeresleitung Paul von Hindenburg beruft sich dabei vor einem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung zum Ersten Weltkrieg auf die Aussage eines britischen Offiziers. Demnach sei die deutsche Armee nicht besiegt, sondern "von hinten erdolcht" worden.

19. November 1949 Neuanfang für Bundestagsbibliothek

Der Ausschuss für Bücherei (später "Büchereibeirat") konstituiert sich und befasst sich in 18 Sitzungen bis 1952 mit dem Wiederaufbau einer parlamentarischen Bibliothek. Die Reichstagsbibliothek mit mehr als 400.000 Büchern war den Kämpfen im Zweiten Weltkrieg zum Opfer gefallen.

21. November 2017 Bundestag setzt Hauptausschuss ein

Der Bundestag beschließt wegen der langen Koalitionsverhandlungen die Einsetzung eines Hauptausschusses, der vorübergehend alle parlamentarischen Vorlagen berät. Mit der Konstituierung der Ständigen Ausschüsse wird der Hauptausschuss wieder aufgelöst.

22. November 1954 Die alte Kuppel des Reichstagsgebäudes wird gesprengt

Die nach Kriegsschäden stark einsturzgefährdete Konstruktion wird "aus statischen Gründen" abgerissen.

22. November 1983 Deutscher Bundestag hält am NATO-Doppelbeschluss fest

Mit den Stimmen der Regierungskoalition spricht sich der Bundestag für den Nato-Doppelbeschluss von 1979 aus. Dieser sieht unter anderem die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Europa vor.

23. November 1999 Richtfest am Jakob-Kaiser-Haus

Das acht Gebäude umfassende Ensemble enthält Büros für Abgeordnete und ihre Mitarbeiter, Fraktionen und Verwaltung, Sitzungsräume, Gastronomie sowie das Pressezentrum. Es wird Ende 2001 fertiggestellt.

23. November 1952 Erstmalige Aberkennung eines Bundestagsmandats

Der Abgeordnete Fritz Dorls verliert sein Mandat, nachdem am selben Tag die Sozialistische Reichspartei (SRP) als Nachfolgepartei der NSDAP vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und verboten wurde. Dorls flieht ins Ausland, um einer Verhaftung zu entgehen.

24. November 1871 Reichstag beschließt erstes Reichsmünzgesetz

Mit dem Gesetz wird die Mark als Zahlungsmittel eingeführt.

24. November 2004 Deutscher Bundestag beschließt Frauenquorum für die Bundeswehr

Der Bundestag beschließt ein Gleichstellungsgesetz, mit dem der Anteil der Soldatinnen auf 15 Prozent verdreifacht werden soll.

25. November 1949 Erster Sitzungsausschluss eines Abgeordneten

In der Nacht zum 25. November 1949 kommt es zum Eklat zwischen Bundeskanzler Konrad Adenauer und SPD-Fraktionsvorsitzendem Kurt Schumacher. Grund ist der Zwischenruf Schumachers: "Bundeskanzler der Alliierten", mit dem Schuhmacher die Haltung des Bundeskanzlers bei den Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren über den Beitritt Westdeutschlands zur Internationalen Ruhrbehörde kritisieren will. Ein zunächst 20-tägiger Sitzungsausschluss Schumachers wird nach einer Aussprache der Beteiligten wieder aufgehoben.

27. November 1925 Reichstag ratifiziert Verträge von Locarno

Darin bestätigt Deutschland unter anderem seine im Friedensvertrag von Versailles festgelegte Westgrenze.

28. November 1991 Deutscher Bundestag und Bundesrat setzen gemeinsame Verfassungskommission ein

Die gemeinsame Kommission von Bundestag und Bundesrat soll nach der Wiedervereinigung mögliche Grundgesetzänderungen ausloten.

28. November 2013 Deutscher Bundestag setzt erstmals Hauptausschuss ein

Der Bundestag setzt wegen der langwierigen Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik einen Hauptausschuss ein, der bis zur Bildung regulärer Ausschüsse Gesetzentwürfe und Anträge berät.

29. November 1985 Delegation des Deutschen Bundestages besucht Sowjetunion

Unter der Leitung von Bundestagspräsident Philipp Jenninger bereist erstmals nach zwölf Jahren wieder eine Delegation des Deutschen Bundestages die UdSSR.

30. November 1929 Reichstag lehnt Gesetz gegen Young-Plan ab

Der Reichstag lehnt mit großer Mehrheit den von nationalistischen Parteien eingebrachten Entwurf des "Gesetzes gegen die Versklavung des deutschen Volkes" ab. Daraufhin kommt es zum Volksentscheid gegen den Young-Plan, der das nötige Quorum nicht erreicht.



Paul Löbe (SPD) bei seiner Eröffnungsrede als Alterspräsident am 7. September 1949. Löbe war langjähriger Präsident des Reichstages in der Weimarer Republik. Im Vordergrund Musiker, die die Sitzung mit Beethovens "Weihe des Hauses" einleiten.



Bundesversammlung im Bundeshaus in Bonn am 12. September 1949: Theodor Heuss (FDP) bei seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten. Er setzt sich u.a. gegen Kurt Schumacher (SPD) durch.

Dezember

1. Dezember 1989 9. Volkskammer der DDR streicht Führungsanspruch der SED

Der Alleinführungsanspruch der SED war ein zentraler Baustein des politischen Systems der DDR und wird auf Antrag aller zehn Volkskammerfraktionen gestrichen.

2. Dezember 1914 Reichstag stimmt erneut Kriegskrediten zu

In der zweiten Abstimmung über die Gewährung von Kriegskrediten votieren alle Fraktionen des Reichstages für die Kredite. Karl Liebknecht (SPD) lehnt als einziger Abgeordneter die Gewährung ab, woraufhin sein Parteivorstand ihm eine offizielle Rüge erteilt.

2. Dezember 1989 9. Volkskammer der DDR legt SED-Korruption offen

In einem Bericht macht der Untersuchungsausschuss der Volkskammer Korruption in der SED-Spitze bekannt.

2. Dezember 1990 Erste gesamtdeutsche Bundestagswahlen

Zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung wählen die Deutschen ein gesamtdeutsches Parlament.

2. Dezember 1992 Deutscher Bundestag ratifiziert Maastrichter Vertrag

Mit großer Mehrheit (543 gegen 17 Stimmen) stimmen die Abgeordneten dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Union vom 7. Februar 1992 zu.

2. Dezember 1993 Deutscher Bundestag beschließt Gründung der Deutschen Bahn AG

Der Bundestag billigt die Zusammenlegung der westdeutschen Bundesbahn und der ostdeutschen Reichsbahn sowie deren privatwirtschaftliche Neuorganisation als Deutsche Bahn AG.

2. Dezember 1999 Deutscher Bundestag setzt Parteispenden-Untersuchungsausschuss ein

Der Bundestag setzt einen Untersuchungsausschuss ein, um Vorwürfe gegen die CDU wegen der Annahme illegaler Spenden aufzuklären.

3. Dezember 1926 Reichstag verbietet Abgabe von Pornografie an Jugendliche

Mit 248 gegen 158 Stimmen nimmt der Reichstag das "Gesetz zur Bewahrung der Jugend vor Schund- und Schmutzschriften" an. Die Gegner des Gesetzes missbilligen es als unverhältnismäßigen Eingriff in die Freiheit der Kunst.

3. Dezember 1957 Deutscher Bundestag beschließt Atomgesetz

Das Gesetz regelt die friedliche Nutzung von Kernenergie und ionisierenden Strahlen in Deutschland.

3. Dezember 1987 Deutscher Bundestag verbietet Bleibenzin

Der Bundestag beschließt, dass ab dem 1. Februar 1988 an Tankstellen kein verbleites Normalbenzin mehr angeboten werden darf.

5. Dezember 1894 Wilhelm II. weiht Reichstagsgebäude ein

Zehn Jahre nach der Grundsteinlegung durch Kaiser Wilhelm I. legt sein Enkel den Schlussstein und weiht das Gebäude ein.

6. Dezember 1894 Erste Sitzung im Reichstagsgebäude

Der Reichstag tritt zu seiner ersten Sitzung im Reichstagsgebäude zusammen.

6. Dezember 1951 Deutscher Bundestag gibt sich eine neue Geschäftsordnung

Die neue "Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags", die am 1. Januar 1952 in Kraft treten soll, löst die "Geschäftsordnung für den Bundestag" ab, welche eine abgeänderte Fassung der Geschäftsordnung des früheren Reichstags war.

6. Dezember 1996 Bundestag stimmt für Einführung der DNA-Analyse

Der Bundestag beschließt im Strafverfahrensänderungsgesetz die Einführung der molekulargenetischen Untersuchung, mit der die Abstammung bestimmt werden kann. Die sogenannte DNA-Analyse gilt seither als ein Meilenstein der Verbrechensaufklärung.

7. Dezember 1932 Schlägerei im Reichstag

In der Wandelhalle des Deutschen Reichstags in Berlin kommt es zwischen Abgeordneten der NSDAP, der KPD und der SPD zu einer Schlägerei, bei der mehrere Personen schwer verletzt werden.

9. Dezember 1870 Norddeutscher Reichstag ratifiziert "Novemberverträge"

Mit diesen Verträgen treten die Königreiche Bayern und Württemberg und die Großherzogtümer Baden und Hessen dem Norddeutschen Bund bei. Darüber hinaus beschließt der Reichstag die Einführung der Bezeichnungen "Deutsches Reich" und "Deutscher Kaiser".

10. Dezember 1953 Deutscher Bundestag führt "Zwischenfrage" ein

Damit wird den Parlamentariern die Möglichkeit eingeräumt, nach Zustimmung des Redners eine kurze Sachfrage an diesen zu richten. Ziel der Einführung ist es, die Plenardebatten lebhafter zu gestalten.

10. Dezember 1997 Bundestagsdebatte live am Telefon

Erstmals wird eine Plenardebatte live am Telefon übertragen. Über 20 Leitungen können Zuhörerinnen und Zuhörer ab 13 Uhr den Redebeiträgen lauschen.

10. Dezember 2003 Eröffnung des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses

Nach fünfjähriger Bauzeit findet die Schlüsselübergabe für das Marie-Elisabeth-Lüders-Haus statt. Es beherbergt die Wissenschaftlichen Dienste sowie die Bibliothek.

11. Dezember 1997 Deutscher Bundestag benennt seine Häuser nach Abgeordneten

Der Ältestenrat - des Bundestages beschließt für die im Bau befindlichen Bürokomplexe im Berliner Parlamentsviertel neue Bezeichnungen: für die Dorotheenblöcke "Jakob-Kaiser-Haus", für den Alsenblock "Paul-Löbe-Haus" und für den Luisenblock "Marie-Elisabeth-Lüders-Haus".

12. Dezember 1974 Deutscher Bundestag verabschiedet Hochschulrahmengesetz

Das neue Gesetz soll einheitliche Strukturen für die Hochschulen in den verschiedenen Bundesländern schaffen. Unter anderem enthält es Regelstudienzeiten und eine Neuordnung des Hochschulzugangs.

13. Dezember 1954 Deutscher Bundestag lehnt Behörden-Anrede "Frau" statt "Fräulein" ab

Der Rechtsausschuss des Bundestages spricht sich dagegen aus, auch für unverheiratete Frauen die Anrede "Frau" im amtlichen Sprachgebrauch zuzulassen. Damit bleibt es vorerst – bis Januar 1972 – bei der Bezeichnung "Fräulein" in der behördlichen Terminologie.

13. Dezember 1972 Erstmals wird eine Frau Bundestagspräsidentin

Im Rahmen der konstituierenden Sitzung des neuen Bundestages wird mit Annemarie Renger erstmals eine Frau zur Bundestagspräsidentin gewählt.

13 . Dezember 2018 Bundestag stimmt für dritte Geschlechtsbezeichnung

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts beschließt der Bundestag ein Gesetz zur Änderung der in das Personenregister einzutragenden Angaben. Neben männlich und weiblich kann als Drittes "divers" eingetragen werden.

14. Dezember 1956 Deutscher Bundestag verabschiedet Gesetz über Beitritt des Saarlandes

Nachdem der Landtag des Saarlandes dessen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes erklärt hatte, erlässt der Bundestag nun ein Gesetz zur Aufnahme des Saarlandes als zehntes Bundesland. Anfang 1957 ziehen zehn saarländische Abgeordnete in den Bundestag ein.

14. Dezember 2001 Deutscher Bundestag verabschiedet Terrorismusbekämpfungsgesetz

Als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September wird das Terrorismusbekämpfungsgesetz als Teil eines umfangreichen Anti-Terror-Pakets erlassen.

15. Dezember 1980 Urteil des Reichstagsbrandprozesses wird aufgehoben

Nach einem Wiederaufnahmeantrag hebt das West-Berliner Landgericht den Schuldspruch gegen Marinus van der Lubbe auf, der 1933 als Urheber des Reichstagsbrandes zum Tode verurteilt und 1934 hingerichtet worden war. Dieser Beschluss wird vom Kammergericht kurz darauf wieder negiert. Zur endgültigen Annullierung des Schuldspruchs kommt es erst 1998 durch das NS-Unrechtsurteileaufhebungsgesetz. Die Frage, wer im Reichstagsgebäude 1933 Feuer gelegt hat, bleibt weiterhin ungeklärt.

15. Dezember 1999 Deutscher Bundestag beschließt Gesetz zur "Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas"

Zweck der Stiftung ist die Erinnerung an den nationalsozialistischen Völkermord an den Juden Europas. Zudem soll die Stiftung dazu beitragen, die Erinnerung an alle Opfer des Nationalsozialismus und ihre Würdigung sicherzustellen. Im Zentrum stehen Unterhalt und Betrieb des Denkmals in Berlin.

17. Dezember 1919 Deutsche Nationalversammlung in Berlin verabschiedet Reichsnotopfergesetz

Das Gesetz regelt eine einmalige, außerordentliche Abgabe auf Vermögen zur Begleichung von Reichsschulden, die infolge des Ersten Weltkrieges entstanden sind.

17. Dezember 1998 Neuer Bundesadler im Plenarsaal enthüllt

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse enthüllt im Reichstagsgebäude einen beidseitig neu gestalteten Adler. Die Vorderseite stellt eine vergrößerte Kopie des von Ludwig Gies entworfenen Adlers aus dem Plenarsaal in Bonn dar. Die Rückseite ist eine Neugestaltung des Reichstagsarchitekten Sir Norman Foster.

18. Dezember 2020 Rede des VN-Generalsekretärs António Guterres im Plenum

Anlässlich des 75-jährigen Jahrestages der Gründung der Vereinten Nationen (VN) hält António Guterres vor den Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Rede in deutscher Sprache. Er lobt Deutschlands Einsatz in Bereichen der Friedenspolitik, des Klimaschutzes sowie der Bewältigung der Corona-Pandemie und mahnt zu einer gerechten Verteilung des Impfstoffes gegen das Corona-Virus.

20. Dezember 1916 Beginn der Anbringung der Inschrift "DEM DEUTSCHEN VOLKE" an der Front des Reichstagsgebäudes

Mehr als 20 Jahre nach der Fertigstellung des Reichstagsgebäudes erhält der Architrav die vom Architekten Paul Wallot vorgesehene Widmung. Zur Herstellung der Lettern wird die Bronze von zwei in den Befreiungskriegen gegen Frankreich erbeuteten Kanonen in die Form der von Peter Behrens und Anna Simons eigens entworfenen Typografie gegossen.

20. Dezember 1990 Erster gesamtdeutscher Bundestag tritt zusammen

Im Reichstagsgebäude konstituiert sich der erste gesamtdeutsch gewählte Bundestag.

21. Dezember 1848 Nationalversammlung beschließt "Grundrechte des Deutschen Volkes"

Die Grundrechte werden zunächst als einfaches Reichsgesetz verabschiedet und später in der Frankfurter Reichsverfassung von 1849 fast wortgleich übernommen. Sie beeinflussen die späteren deutschen Verfassungen maßgeblich.

22. Dezember 1993 Bundestagsgebäude in Bonn überflutet

Das Hochwasser des Rheins erreicht auch die Tiefgarage des Bundestages. Der als Abgeordnetenbürohaus geplante und im Bau befindliche "Schürmann-Bau" wird geflutet, was schwere Beschädigungen der Bausubstanz nach sich zieht. Das Gebäude kann erst im Juni 2000 fertiggestellt werden.

22. Dezember 2001 Deutscher Bundestag beschließt ISAF-Mission der Bundeswehr

Der Bundestag billigt den Bundeswehreinsatz in Afghanistan im Rahmen der Internationalen Sicherheits-Unterstützungstruppe (ISAF). Ein entsprechendes Mandat hat der UN-Sicherheitsrat am 20. Dezember erteilt.

23. Dezember 1933 Marinus van der Lubbe als Reichstagsbrandstifter verurteilt

Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig verurteilt den Niederländer Marinus van der Lubbe wegen der Brandstiftung im Reichstagsgebäude vom Februar 1933 zum Tode. Die übrigen vier Angeklagten werden freigesprochen.

Abbildung 1: Bärbel Bas, Präsidentin des Deutschen Bundestages, Deutscher Bundestag (Foto: Tobias Koch). Umschlagseiten außen und innen sowie alle anderen Abbildungen: alle Haus der Geschichte, Bestand Erna Wagner-Hehmke.

Abbildungsverzeichnis

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich WD 1 – Geschichte, Zeitgeschichte und Politik Platz der Republik 1, 11011 Berlin www.bundestag.de

Eine Kooperation mit der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

Chronik: Natalie Weis.
Bildauswahl: Dr. Manfred Wichmann, Natalie Weis, Dr. Hilmar Sack.
Texte: Dr. Michael F. Feldkamp, Dr. Manfred Wichmann, Dr. Benedikt Wintgens.
Gesamtredaktion der Sonderedition: Dr. Hilmar Sack.

Bundestagsadler: Urheber Prof. Ludwig Gies, Bearbeitung 2008 büro uebele Gestaltung: Deutscher Bundestag, Referat BL 5 – Zentrale Bedarfsdeckung und Logistik Druck: Ortmaier Druck GmbH, Frontenhausen

Stand: August 2023; © Deutscher Bundestag, Berlin Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.



